

Arbeit & Wirtschaft



Im Konsumrausch

*Kaufen soll uns glücklich machen.
Doch wer genauer hinsieht, erkennt die Risiken,
die im Übermaß lauern.*

Teuerung ohne Ende / 6
Menschen in Existenznot
endlich ernst nehmen

Stress, Druck, Übergriffe / 16
Womit Beschäftigte im Handel
zu kämpfen haben

#6



RICHARD SOLDER CHEFREDAKTEUR
SARAH KLEINER CHEFIN VOM DIENST
GRETA STAMPFER ONLINEREDAKTION
THOMAS JARMER ARTDIRECTION & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Autor:innen dieser Ausgabe

Ute Groß, Robert Misik, Andrea Rogy, Alexandra Rotter,
 Felix Schmidtnr, Matthias Schnetzer

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudorf, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort Neudorf****Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 3,50 (inkl. Mwst.)
 Jahresabonnement Inland € 18,- (inkl. Mwst.)
 Ausland zuzüglich € 14,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 9,- (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Dieser Mann bewahrt uns vor Fehlern: A&W-Lektor **Florian Praxmarer** sucht Verschreiber und Denkfehler in den Texten – und bessert sie aus.

Hier sehen Sie ihn bei einer Preisverleihung, bei der auch seine Arbeit gewürdigt wurde. **Mehr auf Seite 13!**



Die Entstehung eines Coverfotos: Redaktionsassistentin **Vanessa Kovar** zupft noch die letzten Details an Model und Kollegin **Thorid Spletzer** zurecht, die für die Themenfotos in dieser Ausgabe akrobatische Kunststücke vollbrachte. **Wir sagen Danke!**

Einmal durchs Geschäft, bitte!



RICHARD SOLDER
CHEFREDAKTEUR

Hans Blutsch ist eine lebende Legende. Im sechsten Wiener Gemeindebezirk, etwas versteckt im ersten Stock eines Wohnhauses, hat er seit Jahrzehnten ein kleines Geschäft, in dem man Joggingschuhe, -gewand und -zubehör bekommt. Hier im Familienbetrieb ist alles sehr bodenständig und unscheinbar. Eine „coole“ Atmosphäre wie in selbsternannten Flagship-Stores mit lauter Musik, modernem Innendesign und Hightech-Schnickschnack sucht man hier vergebens. Und trotzdem pilgern viele Läufer:innen, ob Anfänger:innen oder Fortgeschrittene, am liebsten zu ihm in die Liniengasse – beziehungsweise vermutlich genau deswegen. „Blutschianer“ nannte die Zeitung „Der Standard“ einst die Fangemeinde. Der Grund für die treue Stammkundschaft sind Herr Blutsch und sein Team, unter anderem Ehefrau Astrid und Tochter Katharina.

Was sie machen? Zuhören – und vor allem gut hinschauen. Sie fragen genau nach den Bedürfnissen der Kund:innen. Dann heißt es anprobieren und Runden im Geschäft laufen. Währenddessen fokussieren die Verkäufer:innen auf den Laufstil, den Körperbau und vor allem die Füße. „Da brauchen wir mehr Polsterung“ – ist eine Rückmeldung, die oft zu hören ist – und schon bekommt man ein neues Paar zum Testen. Das geht so lange, bis es nicht nur der Kundschaft passt, sondern auch das Team sein Okay gibt.

Bei komplexen Fällen wird Blutsch senior – meist hat er im Büro zu tun – zu Rate gezogen. „Chef, bitte einen Blick!“, hallt es dann durchs Geschäft. Und der Satz spricht Bände: Hier geht es um Erfahrung, den geschulten Blick und ein gutes Sortiment. Bei Schuhen ist das besonders wichtig, weil es hier um die Gesundheit und den Körper geht.

Unser A&W-Fokus zu Konsum beschäftigt sich u. a. damit, dass heutzutage in Sachen Kaufen vieles online passiert. Klarerweise macht das Internet das Einkaufen, die Recherche, den Vergleich einfacher. Aber nicht immer kann es das „analoge“ Fachwissen von Spezialist:innen ersetzen. Im Gegenteil: Der Onlinehandel kommt mit Risiken und Nebenwirkungen daher, gerade bei verlockend klingenden Angeboten von Konzernen, bei denen man in Wahrheit nicht weiß, was wirklich in den Produkten steckt – und die mit ihren Geschäftsmodellen Arbeitsbedingungen mit Füßen treten und den Planeten zerstören!

Ich hoffe, dass es Fachgeschäfte wie den Laufsport Blutsch noch lange gibt, freue mich auf meine Laufrunden an den Feiertagen und wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Ausgabe! ►

Inhalt

Leben im Krisenmodus	Die Teuerung bringt Menschen in Not und erfordert politisches Handeln	6
Das vergessene Ziel	Was wurde aus der Vollbeschäftigung? Kommentar von Matthias Schnetzer	10
Kann man nachhaltig und günstig einkaufen?	Konsumexpertin Nunu Kaller beantwortet die große Frage	11
Aus dem Betriebsrat	Ute Groß, Betriebsrätin bei der „Kleinen Zeitung“, über Kündigungen	12
Kurzmeldungen	News aus der Gewerkschaftsbewegung	13

FOKUS

Im Konsumrausch

Und das Lächeln bleibt trotzdem	Weihnachten heißt High Noon im Handel: Wie geht es den Beschäftigten?	16
Starke Schultern und Rückgrat	Natalie Harsdorf, Generaldirektorin der Bundeswettbewerbsbehörde, im Gespräch	20
Kurzgeschlossen	Österreichs Energiemarkt ist extrem verworren	24
Shoppen, bis es kracht	Wie kann man Kaufsucht und Verschuldung vorbeugen?	26
Vom Klicken und Verticken	Risiken und Nebenwirkungen des Onlineshoppings	29
Gemeinsam gegen Multis	Was Konsument:innenschutz heute leistet und womit er zu kämpfen hat	30

Blitzlichter	Was raten Betriebsrät:innen der nächsten Generation?	34
Kein Weg zurück	40 Jahre „Miners' Strike“: Der britische Bergarbeiter:innenstreik in Bildern	36
„Wir sind stolz auf unsere Standards“	Interview mit Alexander Rachoi, Vizepräsident der Landarbeiterkammer	40
Weiterbildung	Aktuelle Bildungsangebote	44
A&W-Blog	Wissenswertes aus dem A&W-Blog	45
Mein Utopia	Nicola Werdenigg über eine traumhafte Zukunft	46



Lesen Sie gerne?

Ja!

Interessieren Sie sich
für Politik, Wirtschaft und
Gesellschaft?

Ja, aber mir fehlt in anderen
Medien oft die Perspektive
der Arbeitnehmer:innen.

Dann brauchen Sie
unseren Perspektivenwechsel!

Abonnieren Sie die
Arbeit&Wirtschaft Abendpost
und erhalten Sie **jeden Mittwoch**
die aktuellen Beiträge
unserer Online-Ausgabe.



— Mittwoch —

Nein!

Keine Sorge!
Auf unserem Instagramaccount
@aundwmagazin gibt es Videos.

Na klar! Ich glaube fest
daran, dass der freie Markt
schon alles richten wird.

Dann ist Ihnen nicht
mehr zu helfen.

Nein, viel zu kompliziert!


Stimmt nicht!
Wir brechen die Inhalte so runter,
dass sie alle verstehen.



Leben im Krisenmodus

Nach Jahren der Teuerung bei Mieten, Energie und Lebensmitteln kämpfen viele Menschen mit finanziellen Sorgen. Auf staatlicher Ebene braucht es statt Einzelmaßnahmen ein Ansetzen an allen Hebeln.

TEXT ALEXANDRA ROTTER

A woman with short brown hair, wearing a beige cardigan over a dark turtleneck, sits outdoors in a garden. She has her hands clasped in her lap and is looking directly at the camera. The background shows green foliage and a stone wall.

Patrizia Seper musste aufgrund ihrer ME/CFS-Erkrankung ihren Job aufgeben: „Ich hätte nie gedacht, dass ich mein Leben einmal nicht mehr selbst finanzieren kann.“

Der Kühlschrank gibt den Geist auf. Die Waschmaschine fängt an zu spinnen. Ein neuer Wintermantel müsste her. Doch für solche Anschaffungen ist kein Geld da, ebenso wie für die nötigen Termine bei Fachärzt:innen oder um alle Räume der Wohnung zu heizen. Das ist kein fiktives Beispiel, sondern die Lebensrealität von Patrizia Seper, die aufgrund einer chronischen Erkrankung seit 2021 nicht mehr erwerbstätig ist. Menschen wie sie, die über ein sehr geringes Einkommen verfügen, treffen die extremen Preissteigerungen der vergangenen Jahre am härtesten – beispielsweise bei Lebensmitteln. „Im Supermarkt zahle ich oft 70 Euro und habe fast nichts eingekauft“, erzählt Seper. Dass sie einmal in die Armut rutschen könnte, hätte sie sich nicht träumen lassen: „Ich habe immer gearbeitet und hätte nie gedacht, dass ich mein Leben einmal nicht mehr selbst finanzieren kann.“

Österreich hat nach wie vor eine der höchsten Teuerungsraten Europas. Für den Jahresschnitt 2025 erwartet das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) 3,5 Prozent Inflation, für das kommende Jahr nur mehr 2,6 Prozent, was aber immer noch über dem von der Europäischen Zentralbank (EZB) angestrebten Zielwert von 2 Prozent liegt. Eine Befragung zu sozialen Krisenfolgen, die von der Statistik Austria unter dem Titel „So geht’s uns heute“ seit der COVID-Pandemie vierteljährlich durchgeführt wird, zeigt, dass es vielen Menschen wie Patrizia Seper geht: Etwa 12 Prozent der rund 3.800 befragten Personen erwarten in den kommenden drei Monaten Zahlungsschwierigkeiten bei den Wohnkosten.

Michael Ertl, Experte für Konjunktur und Verteilung in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien, erklärt dazu: „Wer sich einmal die Miete nicht mehr leisten kann, steht mit dem Rücken zur Wand. Bevor das passiert und man riskiert, die Wohnung zu verlieren, hat man wahrscheinlich schon in allen anderen Bereichen wie etwa bei Restaurantbesuchen und Lebensmitteln gespart und sogar die Heizung abgedreht.“

Hoffen auf ein Wunder

Patrizia Seper heizt nur noch das Wohnzimmer. Ihren Beruf musste die Ordinationsassistentin krankheitsbedingt kurz vor ihrem 50. Geburtstag aufgeben. 2022 wurde bei ihr die neuroimmunologische Erkrankung ME/CFS diagnostiziert, kurz für Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom. Die Krankheit kam schleichend und blieb lange unentdeckt. Die Symptome belasteten sie schon in jungen Jahren sehr, sie musste sich im Beruf besonders anstrengen. Sie konnte keinen Vollzeitjob ausüben und musste Abstriche im Privatleben machen.

Derzeit stehen Seper mit der Mindestsicherung plus Mietbeihilfe rund 1.250 Euro monatlich zur Verfügung, was gut 400 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte (1.661 Euro pro Monat) liegt. Ihr Ersparnis ist aufgebraucht. Eine Schulterverletzung lässt sie nicht mehr behandeln.



Mieten, Lebensmittel- und Energiepreise steigen stärker als die Inflation, weiß Michael Ertl von der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien.

Um die Besuche beim ME/CFS-Spezialisten weiterhin bezahlen zu können, hat sie sich von ihrer Familie Geld geborgt. Seit vergangenen Jahr hat die alleinstehende Frau auch kein Auto mehr – ihren Garagenplatz behält sie: „Irgendwie hofft man, dass noch ein Wunder passiert.“

Wer wie Seper mit ME/CFS lebt, leidet oft schon nach kleinsten körperlichen oder geistigen Anstrengungen unter einer gravierenden Verschlechterung des Gesundheitszustands. Manche Betroffene sind bettlägerig. Auch sie muss die meiste Zeit in Ruhe verbringen: „Ich schleppe mich von Tag zu Tag, treffe kaum noch jemanden persönlich.“ Schmerzen, Schlaflosigkeit und andere Symptome sind ständige Begleiter. Wenn sie sich zu sehr anstrengt, braucht sie Tage oder Wochen, um sich einigermaßen davon zu erholen. Einkäufe lässt sie sich häufig nach Hause liefern, fürs Kochen und Aufräumen reicht die Kraft nicht. Dazu kommt die Existenzangst: „Man wird nicht gesünder, wenn man ständig diesem Stress und den existenziellen Sorgen ausgesetzt ist, das muss man erst mal verkraften.“

Dennoch hat die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) Sepers Antrag auf Berufsunfähigkeitspension abgelehnt, durch die sich ihre finanzielle Lage stabilisiert hätte. Um Pflegegeld und einen Behindertengrad habe sie noch nicht angesucht: „Ich bräuchte eigentlich Unterstützung im Haushalt, aber ich habe offen gesagt schon so ein Trauma von den Behörden, dass ich keine Anträge mehr stellen will.“ Per WhatsApp steht sie im Austausch mit rund 250 anderen ME/CFS-Betroffenen und erlebt, dass solche Anträge allzu oft abgelehnt werden (der ORF, die APA und „Dossier“ berichteten ausführlich).



Harald Riedl ist seit vier Jahren arbeitslos und muss sparen, wo's geht, aber:
 „Ich habe gelernt, dass ich mit wenig glücklich sein kann.“

Größere Ausgaben problematisch

Die Mieten sind laut Michael Ertl einer von drei zentralen Bereichen, in denen die Preise stärker steigen als die durchschnittliche Inflation – die anderen sind Lebensmittel und Energie: „Das sind Grundbedürfnisse“, sagt er. „Die Preissteigerungen hier belasten insbesondere ärmere Haushalte.“ Auch in der Befragung „So geht's uns heute“ zeigt sich der Effekt der Teuerung. So gaben 35 Prozent an, dass sie im zweiten Quartal 2025 schlechter mit dem Haushaltseinkommen zurechtkamen als noch im Jahr davor. Hauptgründe sind die gestiegenen Ausgaben für Lebensmittel sowie die höheren Wohn- und Energiekosten. Außerdem gaben 23 Prozent an, nicht über die finanziellen Mittel zu verfügen, um unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.570 Euro aus eigenen Mitteln decken zu können.

Zu den besonders stark unter der Teuerung leidenden Menschen gehören in erster Linie Personen, die nicht im Erwerbsleben stehen, also arbeitssuchende und langzeitarbeitslose Menschen sowie Mindestpensionist:innen – sie profitieren nicht von den durch die Gewerkschaften ausverhandelten Lohnerhöhungen. Ein Hauptproblem: Das Arbeitslosengeld berechnet sich nach dem vergangenen Einkommen und wird dann nicht mehr an die Inflation angepasst – dies hat etwa Patrizia Seper deutlich zugesetzt, die Ende 2021 arbeitslos wurde: 2022 lag die Inflation bei 8,6, im Jahr darauf bei 7,8 Prozent.

Halber Preis und einfrieren

Auch Harald Riedl, der im Februar 60 wird und seit vier Jahren arbeitslos ist, muss den Gürtel deutlich enger schnallen. „Früher war mir egal, was etwas kostet.“ Jetzt macht es für ihn einen Unterschied, dass das Kilo Kaffee, das er immer gekauft hat, nicht mehr wie vor zwei Jahren 5,99 Euro, sondern 12,99 kostet. Riedl, der fast sein ganzes Berufsleben als Fahrer arbeitete – und das meist

60 Stunden pro Woche –, hat gut verdient. Er fuhr Lkws durch halb Europa, Wiener-Linien-Passagier:innen durch die Stadt sowie Tourist:innen nach Paris und Co. Er kündigte, weil ihm die Arbeitsbelastung mit zunehmendem Alter zu hoch wurde – dass er praktisch keine Chance auf einen neuen Job haben würde, hatte er nicht erwartet. Dies hat ihn in die aktuelle Lage versetzt, sodass er heute weiß, welche Lebensmittel wo am billigsten sind: „Ich habe für jedes Produkt einen eigenen Supermarkt.“

Immerhin habe er die Zeit, um Preise zu vergleichen und sich von überall die besten Angebote zu holen. Zwei Tage pro Woche arbeitet Riedl in einem sozialökonomischen Betrieb der Caritas am Wiener Mittersteig, wo er Elektrogeräte auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft. Dafür bekommt er 200 Euro im Monat – zusammen mit der Notstandshilfe macht sein Einkommen 1.200 Euro aus. Zum Glück legt er weder Wert auf Markenartikel noch auf Gütesiegel oder Bioprodukte. Heute kauft er oft Waren, die bald ablaufen, aber nur mehr die Hälfte des Ursprungspreises kosten, und friert vieles ein.

1,3 Millionen armutsgefährdet

Mit ihren Einkommen gehören Riedl und Seper zur Gruppe der armutsgefährdeten Personen. 2024 waren das laut der Statistik-Austria-Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) insgesamt 14,3 Prozent der österreichischen Bevölkerung – knapp 1,3 Millionen Menschen. Sie verfügten über ein Haushaltseinkommen von weniger als 1.661 Euro pro Monat. Auch wenn der Anteil der armutsgefährdeten Menschen an der Gesamtbevölkerung minimal zurückgeht – 2023 waren es noch 14,9 Prozent –, ist die Lage für viele Menschen prekär. 3,7 Prozent der Österreicher:innen lebten 2024 sogar in einer absoluten Armutslage: Sie konnten sich die Ausgaben des täglichen Lebens, die in der EU als Mindestlebensstandard gelten, nicht leisten.

Im Durchschnitt gibt es in Österreich wieder leicht positive wirtschaftliche Signale – das WIFO betitelt die Konjunkturprognose für 2025 und 2026 mit „Österreich schleppt sich aus der Rezession“. Das Land steuere auf eine moderate wirtschaftliche Erholung zu: Für 2025 wird ein BIP-Wachstum von 0,3 Prozent prognostiziert, für 2026 von 1,1 Prozent. Doch die Situation auf dem Arbeitsmarkt spitzt sich weiter zu: So wird für 2025 mit knapp 400.000 Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 7,5 Prozent gerechnet. Die hohe Inflation bleibt eine Herausforderung – besonders für Haushalte mit geringem Einkommen.

Harald Riedl kommt trotz geringen Einkommens gut über die Runden. Das liegt an mehreren Umständen: Seine 50-Quadratmeter-Sozialbauwohnung in Wien kostet nur 300 Euro im Monat – seine Fixkosten liegen insgesamt bei 600 Euro. Er hat keine Familienmitglieder zu versorgen, dafür einen Notgroschen, falls im Haushalt etwas kaputtgeht. Und er ist genügsam: Weder brauche er Restaurant- oder Kaffeehausbesuche, noch sehne er sich in die Ferne oder nach Luxus: „Ich habe gelernt, dass ich mit wenig glücklich sein kann“, sagt Riedl. So schaffe er es sogar, sich jeden Monat etwas Geld zur Seite zu legen.

Jeder:r Zehnte spart Energie

Helene Schubert, Bundesgeschäftsführerin des ÖGB für den Bereich Grundlagen und Interessenpolitik, warnt, dass die Politik die Dramatik der Lage noch immer unterschätze: „Die Inflation in Österreich zählt weiterhin zu den höchsten in Europa – und sie trifft jene am härtesten, die ohnehin am wenigsten haben.“ Sie selbst kenne Menschen, die ihre Heizungen nur noch auf 12 Grad einstellen. Zu den steigenden Energiepreisen der vergangenen Jahre gesellte

sich zuletzt noch die Erhöhung der Netzkosten. Dem Energiepreisbarometer zufolge, den die Unternehmensberatung EY einmal jährlich durchführt, sparen derzeit neun von zehn Österreicher:innen aus Kostengründen Energie – jede zweite Person gab an, ihre Energiekosten seien 2025 gestiegen. 17 Prozent der Befragten konnten demnach gar ihre Energierechnungen nicht pünktlich bezahlen.

Schubert betont, dass es keine einfachen Rezepte gebe: „Die Lage ist viel zu ernst, als dass man sich auf nur eine Maßnahme konzentrieren könnte. Wir müssen an allen Hebeln ansetzen, sämtliche Stellschrauben in Bewegung setzen.“ Aus ihrer Sicht gehe es dabei um noch viel mehr als die so dringend benötigte Hilfe für Betroffene: „Jede Person, die sich ein bisschen mit Geschichte beschäftigt hat, weiß, dass es zwei ökonomische Szenarien gibt, die Gift für die Demokratie sind: hohe Inflation und Deflation, also ein starker Preisrückgang. Beides führt zu Arbeitslosigkeit, Armut – und zum Erstarken rechtsradikaler Kräfte.“

Besonders kritisch sehe Schubert die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Viele Mieter:innen würden „doppelt zahlen – über steigende Mieten und über die Energiekosten, die in den Mieten bereits enthalten sind“. Der ÖGB fordert unter anderem einen Mietpreisdeckel von 2 Prozent, und zwar auch auf dem unregulierten Wohnungsmarkt, die Aufhebung oder starke Beschränkung von Mietbefristungen sowie die bundesweite Einführung von Leerstandsabgaben. Bei Energie und Lebensmitteln brauche es ein Preisüberwachungssystem, das „profitgetriebene Inflation“ in Zukunft verhindert. Für einige der sofort wirksamen preissenkenden Maßnahmen wären budgetäre Mittel notwendig, die aufgrund des Budgetdesasters, das die vorige Bundesregierung hinterlassen habe, nicht finanzierbar seien. Schließlich müsse die Steuerpolitik Vermögende stärker in die Pflicht nehmen, um unter anderem solche Maßnahmen finanzieren zu können.

Wider die Tristesse

„Ich sage immer: Besser reich und gesund als arm und krank – aber ich bin zufrieden“, sagt Harald Riedl. Bei genauerem Nachfragen lässt der selbsternannte „Einsiedler mit Strom und Internet“ doch den einen oder anderen Wunsch anklingen. Könnte er sich ein Auto leisten, würde er gerne in den Norden fahren: „Ich mag die skandinavischen Länder, die Mentalität der Menschen dort und das Meer – die Fjorde in Norwegen, eine Mörderlandschaft! Das würde mich schon interessieren – aber nicht um jeden Preis.“

Im Moment seien das ohnehin nur Gedanken. Doch Riedls finanzielle Aussichten sind glücklicherweise positiv, denn bald wird sein Einkommen wohl etwas steigen: Er vermutet, in absehbarer Zeit in Pension geschickt zu werden, denn: „Ich bin für das AMS ein Horror“, scherzt er, „alt, keine Qualifikation, langzeitarbeitslos.“ Humor scheint generell ein Begleiter in Riedls Leben zu sein, auch wenn's mal schwierig wird. ▮

Anteil der Österreicher:innen, die als armutsgefährdet gelten

Quelle: Statistik Austria (2024)



Das vergessene Ziel

Die Vollbeschäftigung als politisches Bestreben fristet ein Schattendasein. Dabei sollte gerade angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit eine ambitionierte Arbeitsmarktpolitik die oberste Priorität sein.

Niemand möchte sie mehr ansprechen, im Regierungsprogramm kommt sie nicht vor, in Parlamentsprotokollen finden sich seit einem Jahrzehnt kaum mehr Nennungen: Die Vollbeschäftigung scheint als Ziel zu weit entfernt, als dass sie im politischen Alltag noch eine Rolle spielen würde.

Tatsächlich bieten aktuelle Zahlen wenig Hoffnung, dass sich der Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit der Vollbeschäftigung nähert. Im Gegenteil: Im Oktober stieg die Arbeitslosenquote auf 7,2 Prozent, damit waren 388.000 Menschen ohne Job. Frauen und Ältere, die auf dem Arbeitsmarkt ohnehin schon strukturell benachteiligt werden, verzeichneten dabei eine überdurchschnittlich starke Zunahme. Besonders dramatisch ist der Anstieg im Vergleich zum Vorjahresmonat mit 25 Prozent bzw. 10.000 Personen bei der Langzeitarbeitslosigkeit. Und obwohl die längste Rezession der österreichischen Nachkriegsgeschichte heuer endlich überwunden ist, rechnet das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO in seiner Prognose für 2026 noch mit einer Arbeitslosenquote von 7,3 Prozent.

Die Bedingungen für einen Rückgang der Arbeitslosigkeit in Österreich bleiben weiterhin schwierig. Geopolitische Instabilitäten, die globale Konjunkturschwäche, der Strukturwandel in der Industrie

sowie Budgetkürzungen verursachen große Unsicherheit bei Unternehmen und Beschäftigten und belasten den heimischen Arbeitsmarkt schwer.

Es gibt aber auch Rahmenbedingungen, die eine größere Nachfrage nach Arbeitskräften erzeugen: Der dringend notwendige ökologische Umbau der Wirtschaft sowie die digitale Revolution eröffnen komplett neue Berufszweige. Der demografische Wandel mit steigender Nachfrage nach Pflege- und Gesundheitsleistungen führt zu einem riesigen Bedarf an Arbeitskräften – bei gleichzeitigem Rückgang der Erwerbsbevölkerung. Und die Fachkräfteknappheit zeigt sich aktuell in gut 47.000 offenen Stellen.



MATTHIAS SCHNETZER

leitet die Abteilung
Wirtschaftswissenschaft
und Statistik der
AK Wien und ist Lektor
an der WU Wien.

Arbeitsmarktpolitik muss gestalten statt verwalten und diese Potenziale für einen Beschäftigungsanstieg nutzen. Das würde etwa mit einer Weiterbildungsoffensive mit einem Recht auf Qualifizierung gelingen, durch Umschulungsmöglichkeiten auf zukunftsfähige Industriezweige oder bessere Vermittlung statt Sanktionen. Öffentliche Job-Programme könnten besonders vulnerable Gruppen unterstützen, auch eine bessere Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund sollte angestrebt werden, ebenso ein Ausbau von Betreuungseinrichtungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine gerechte Verteilung von Arbeitszeit sowie öffentliche Investitionen in beschäftigungsintensive Sektoren wie Pflege und Gesundheit.

Wirksame Arbeitsmarktpolitik erfordert eine gesamtwirtschaftliche Strategie. Die Wirtschaftspolitik sollte all ihre Vorhaben nach dem Kompass der Vollbeschäftigung ausrichten und damit soziale Teilhabe, faire Löhne und höhere Produktivität ermöglichen. Der Weg zur Vollbeschäftigung stärkt nicht nur die Nachfrage und Konjunktur, sondern entlastet auch das Budget durch geringere Ausgaben für Arbeitslosigkeit und höhere Steuereinnahmen. Dafür aber muss die Politik die Vollbeschäftigung endlich wieder zum vorrangigen Ziel ihres Handelns erklären. ▮

Kann man nachhaltig und günstig einkaufen?

Ja, kann man. Man kann sogar ganz schön viel kaufen – nachhaltig ist es unter der Bedingung, dass man Second Hand und gebraucht kauft. Bei mir ist von der Kaffeemaschine über den Standmixer, die Infrarotheizung und den halben Kleiderschrank-inhalt bis hin zum Auto alles gebraucht erstanden. Das ist definitiv günstiger als Neukauf. Aber noch viel besser ist es, weniger als bisher zu kaufen.

Zum Beispiel bei der Kleidung: In Qualität und nachhaltige Produktion zu investieren heißt eben auch, Kleidungsstücke sehr viel länger und öfter zu

tragen als Fast Fashion. Die wird von vorneherein in mieser Qualität hergestellt, weil sie eh nur ein, zwei Saisons halten muss. Und auch wenn die nachhaltigen Teile teurer sind: Im Endeffekt spart man sich etwas, weil man insgesamt weniger ausgibt und stattdessen auf langlebige Qualität setzt. Wie heißt es so schön: Wer billig kauft, kauft teuer. Das gilt übrigens auch für andere Sparten wie etwa Möbel – der alte Eichenschrank bei mir im Vorzimmer hat auch schon locker drei oder sogar vier Generationen Schwedenmöbel überlebt.



NUNU KALLER

UMWELTAKTIVISTIN UND PUBLIZISTIN

Was tun, wenn's brennt?



Wir sind Krise – gefühlt: Dauerkrise. Mittendrin: Betriebsrät:innen. Kaum ein Tag, an dem es nicht Berichte über die allgemeine schlechte Wirtschaftslage, Firmenschließungen und Personalabbau gibt – Berichte, hinter denen erzwungene Lebensumbrüche stehen. Betroffen sind Frauen und Männer jedweden Alters, die ihren Arbeitsplatz verloren haben und von heute auf morgen mit weniger Einkommen auskommen und sich eine neue Existenzgrundlage schaffen müssen.

In der Sekunde, in der unter den Füßen der Boden wegbricht, sind es die Betriebschaftsvertreter:innen, die an der Seite der Betroffenen stehen und erste Hilfe leisten: Verzweiflung auffangen, Informationen liefern, Angst und Wut mit aushalten, Krisenintervention organisieren und darauf achten, dass niemand in dieser Ausnahmesituation allein bleibt. Aufgrund arbeitsverfassungsrechtlicher Bestimmungen über Mitwirkungsrechte und -pflichten und im besten Fall einer ehrlich gelebten innerbetrieblichen Sozialpartnerschaft sind Betriebsrät:innen in die Erarbeitung von Personalsparpaketen einbezogen. Das beinhaltet auch die Pflichtunterschrift auf dem Formular für die Anmeldung beim AMS-Frühwarnsystem.

Der bitterste Moment in diesem Prozess ist der Augenblick, in dem „die Liste“ übermittelt wird. Ein rascher erster Blick, hängen bleiben an einzelnen Namen, genauer lesen: Jede Zeile verstärkt das dump-

fe Gefühl in der Magengrube; dazu das reflexhafte Verlangen, die Kolleg:innen sofort zu informieren. Dagegen spricht die Vernunft: Gerade in Krisen sind geordnete Abläufe und das Einhalten fixierter Zeitpläne unverzichtbar, nur eine klare Struktur ermöglicht professionelles Arbeiten. Diese Professionalität, die Betriebsrät:innen auch in der größten Krise bewahren (müssen), ist ein Anker im Meer der Emotionen, bietet Kolleg:innen den Halt, der im ersten Schock des Arbeitsplatzverlustes so etwas Ähnliches ist wie nach einem Unfall die stabile Seitenlage.

Betriebsrät:innen sind aber nicht nur als Klage- und Stützmauer gefordert, sondern als erste und verlässliche Informationsquelle: Wie schauen die nächsten Schritte aus? Gibt es einen Sozialplan? Wie lange ist die Kündigungsfrist? Mit welchen finanziellen Leistungen ist zu rechnen? Wann muss die Meldung beim AMS erfolgen, wie lange bekommt man Arbeitslosengeld? Kann ich meine Kündigung anfechten? Wie komme ich zu einer Beratung bei Gewerkschaft und AK? Das sind erfahrungsgemäß die ersten Fragen, die Betroffene stellen. Wer darauf sofort umfassende Antworten parat hat, ist vermutlich ein gut ausgebildetes Betriebsratsmitglied.

Ein notwendiger Sidestep: Diese Ausbildungen kosten Geld – Geld, das AK und Gewerkschaft aufbringen und das nur dann verlässlich vorhanden ist, wenn es (Pflicht-) Mitgliedschaften gibt. Wer daran rüttelt, nimmt die Schwächung der innerbetrieblichen Arbeitnehmer:innenvertretung billigend in Kauf. Die gute Nachricht, verbunden mit einem Auftrag: Die sozialen Sicherungssysteme halten, niemand wird in die Perspektivenlosigkeit entlassen. Achten wir gemeinsam darauf, dass das auch so bleibt! ■



UTE GROSS

ist Vorsitzende der Journalist:innengewerkschaft und als Betriebsrätin der „Kleinen Zeitung“ derzeit mit mehreren Kündigungen konfrontiert.



Pflege ist Schwerarbeit

Es ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung von Pflegekräften: Die Bundesregierung hat beschlossen, Pflege ab 2026 als Schwerarbeit zu werten. Dadurch können Pflegekräfte unter bestimmten Bedingungen schon mit 60 Jahren in Pension gehen. Sie müssen dafür etwa 45 Versicherungsjahre aufweisen und innerhalb der 20 Jahre vor Pensionsantritt 10 in der Pflege gearbeitet haben. Auch Teilzeitstellen sind von der Regelung umfasst. Wir finden, das ist ein Zeichen der Wertschätzung für Menschen, die unerlässliche und harte Arbeit leisten!

Ausgezeichnet!

Die im Frühjahr 2024 erschienene A&W-Ausgabe zum Thema **Inklusion** wurde mit dem **ÖZIV-Medienpreis des Bundesverbands für Menschen mit Behinderungen** ausgezeichnet! Das Heft beleuchtet die schwierige Situation von Menschen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt, zeigt aber auch Chancen und Best-Practice-Beispiele auf. Wir freuen uns und sagen Danke an den ÖZIV – und alle, die an der Ausgabe mitgearbeitet haben!



Fast ein Drittel der Arbeitnehmer:innen in Österreich gehört einer Gewerkschaft an. Anders als in vielen anderen EU-Ländern ist der Organisationsgrad hierzulande in den vergangenen Jahren gestiegen.

Wussten Sie ...

... dass Österreich äußerst fortschrittlich in der Forschung zu KI-Technologien ist? Das haben wir im Gespräch mit KI-Expertin Gertraud Leimüller erfahren. In unserem neuen Format „A&W fragt nach“ sprechen wir mit versierten Interviewgäst:innen über die großen Themen unserer Zeit – wie gewohnt aus Arbeitnehmer:innenperspektive. Unseren Online-Event zu KI können Sie auf YouTube nachschauen:



Bitte melden

Sind Ihnen die Neuerungen in Arbeit&Wirtschaft aufgefallen? Wir haben Platz für Aktuelles geschaffen und den Themenschwerpunkt im A&W-Fokus in der Heftmitte verpackt. Dazu gibt's Weiterbildungsangebote, Kurzmeldungen und eine Kolumne direkt aus den Betriebsratsbüros.

Was halten Sie davon?

Teilen Sie es uns mit – per E-Mail an redaktion@arbeit-wirtschaft.at.



FOKUS

Im Konsumrausch

Shopping wird den Menschen heute gerne als erfüllender Lebensinhalt verkauft. Die Gefahren und Konsequenzen der vollen Regale werden dabei oft nicht beleuchtet. Wie und was kaufen wir ein – und was macht der Konsum mit uns? In diesem A&W-Fokus finden Sie Antworten.

Und das Lächeln bleibt trotzdem

16 Für sie bedeuten die Feiertage: Arbeit im Akkord. Während die Beschäftigten im Handel in der Pandemie noch als Held:innen gefeiert wurden, weht ihnen heute ein rauer Wind entgegen. Übergriffe von Kund:innen sind keine Seltenheit. Wir haben mit Mitarbeiter:innen über ihren Berufsalltag gesprochen.

Starke Schultern und Rückgrat

20 Natalie Harsdorf ist Juristin, Expertin für Kartellrecht und Chefin der Bundeswettbewerbsbehörde. Im Interview spricht sie über den Kampf gegen die Preistreiberei bei Energie und Lebensmitteln sowie über österreichische Konsument:innen, die gern auch mal zu gutgläubig sind.

Kurzgeschlossen

24 Das dichte Geflecht an Firmenbeteiligungen ist mit ein Grund, warum der Wettbewerb auf dem österreichischen Energiemarkt eingeschränkt ist. Bund, Länder und Gemeinden profitieren dabei ebenfalls von den Preissteigerungen der vergangenen Jahre. Wir werfen einen Blick aufs Netz.

Shopper, bis es kracht

26 Jeder fünfte Mensch in Österreich ist kaufsuchtgefährdet. Konsum ist wirtschaftlich erwünscht, übermäßiges Einkaufen wird da oft nicht als Gefahr erkannt. Wie verhindert man, dass Menschen die Kontrolle über ihr Konsumverhalten verlieren und in die Schuldenfalle tapen?

Vom Klicken und Verticken

29 Das Einkaufen übers Internet wird immer beliebter: Der Onlinehandel verzeichnet steigende Umsätze, während Verkaufsflächen im stationären Handel zurückgehen. Dabei lauern im Netz von Datenklau bis hin zu Betrugsrisiken auch viele Gefahren, die Konsument:innen berücksichtigen sollten.

Gemeinsam gegen Multis

30 In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Konsument:innenschutz in Österreich und auf Europaebene zu einem dichten Sicherheitsnetz entwickelt. Doch Digitalisierung und Globalisierung erfordern heute Kooperation, und Konsument:innen sollten Kaufentscheidungen kritisch hinterfragen.



Und das Lächeln bleibt trotzdem

In der Corona-Pandemie wurden sie als Held:innen gefeiert, doch im Berufsalltag weht ihnen ein immer rauerer Wind entgegen: Wie es Beschäftigten im Einzelhandel geht.



TEXT RICHARD SOLDER





**Ein gesellschaftliches Umdenken sei notwendig,
sagt Mario Ferrari, Bundesgeschäftsführer der GPA:
„Handelsangestellte verdienen Respekt.“**

High Noon im Handel: Um 17:15 Uhr in einer Filiale der Drogeriemarktkette Müller in Wien-Meidling unweit des Bahnhofes wuselt es. Menschen eilen zwischen Büro und Feierabend in das zweigeschoßige Geschäft für letzte Besorgungen. Müller bietet neben Kosmetika und Parfums auch Spielzeug, Haushalts- und Schreibwaren an. Die meist großräumigen Filialen – knapp über 100 sind es in Österreich – folgen auch beim Sortiment dem Motto „Klotzen, nicht kleckern“: Lebkuchen und Schoko-Weihnachtsmänner stapeln sich auf mehreren Regalebenen, überdimensionierte Adventkalender werden feilgeboten sowie Weihnachtsgeschenkssackerl in diversen Ausführungen. Die Mitarbeiter:innen behalten den Durchblick. „So, Problem gelöst, was?“, sagt eine Verkäuferin und schmunzelt eine zufriedengestellte Kundin an, die gerade ein bestimmtes Parfum gesucht und gefunden hat.

Der Handel ist von zentraler Bedeutung für die österreichische Wirtschaft, und das nicht nur vor Weihnachten, wenn es darum geht, Geschenke zu kaufen und sich mit Lebensmitteln für die Feiertage einzudecken. Der Konsum der Österreicher:innen leistet derzeit einen besonders wichtigen Beitrag zur ökonomischen Erholung. Während der Warenaußenhandel aufgrund der unsicheren geopolitischen Lage schwächelt, ist der private Konsum laut Konjunkturindikator der UniCredit Bank Austria eine entscheidende Stütze.

Aus Sicht der Gewerkschaft GPA gilt es deswegen, die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern: Eine Forderung ist u. a. eine Mindestbesetzung in den Filialen – besonders bei erwartbaren hohen Auslastungszeiten und bei Rabattaktionen. Die Mitarbeiter:innen in den Geschäften würden eine große Verantwortung schultern – und es sind immerhin rund 430.000 Menschen. Etwa 53 Prozent dieser

Angestellten arbeiten im Einzel-, 35 Prozent im Groß- und 12 Prozent im Kfz-Handel. 71 Prozent der Beschäftigten sind weiblich, die Teilzeitquote ist mit 42,5 Prozent traditionell hoch. Zudem werden im Handel derzeit rund 20.000 Lehrlinge ausgebildet.

Der Sektor ist der zweitgrößte Arbeitgeber innerhalb der marktorientierten Wirtschaft. Der Einzelhandel verbuchte laut AK in den vergangenen Jahren Umsatzzuwächse, 2024 waren es plus 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Vor allem der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Computern, Foto- und Elektrogeräten sowie medizinischen Produkten läuft demzufolge gut. Rückläufig ist hingegen der Verkauf von Möbeln sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Sind Filialen personell dünn besetzt, hat das schnell Auswirkungen auf die Teams vor Ort. Die Belastung im Job ist generell hoch und wird bei Verkaufsspitzen wie rund um Weihnachten noch höher. Viele Beschäftigte berichten laut GPA über mangelnde Mitsprache bei der Arbeitszeitgestaltung und häufiges Einspringen. Und da fordern Wirtschaftsvertreter:innen eine weitere Liberalisierung der Öffnungszeiten. Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts IFES unter fast 20.000 Handelsangestellten zeigt: 97 Prozent sind gegen eine Sonntagsöffnung.

Auch Übergriffe von Kund:innen auf Mitarbeiter:innen nehmen zu. Die GPA schlug im Sommer diesbezüglich Alarm. Davon ist in der Müller-Filiale im Meidlinger Einkaufszentrum zumindest in der Momentaufnahme zum Glück nichts zu bemerken. Die Einkäufer:innen sind geduldig und verhalten sich respektvoll. Erstaunlich ist, wie professionell die Mitarbeiter:innen vor Ort mit dem Tagesstress umgehen. An der Kassa im unteren Stock – hier sind



„Mitarbeiter:innen gehen unterschiedlich mit Vorfällen um“, sagt Sabine Grossensteiner (Bildmitte), Konzernbetriebsrätin bei der REWE Group. „Da muss man individuelle Lösungen finden.“

Lebensmittel, Parfümerie und Drogerie – hat sich eine Schlange gebildet. Die Kassiererin nimmt einen nach dem anderen dran, freundlich und konzentriert, aber sichtlich müde von der Schicht.

Was sagen Beschäftigte?

Arbeit&Wirtschaft hat mit Arbeitnehmer:innen im Handel ausführlich über ihren Arbeitsalltag gesprochen. Damit sie frei reden können, wurde ihnen Anonymität zugesichert. Alle Beschäftigten berichten von Stress, Schwierigkeiten durch den Kund:innenkontakt, immer wieder auch von nicht verständnisvollen Chef:innen und unbezahlter Arbeitszeit – etwa bevor das Geschäft in der Früh öffnet bzw. nach der Abrechnung am Abend. Betriebsrät:innen werden in diesem herausfordernden Umfeld als hilfreich angesehen, mehrmals äußerten Befragte aber Bedenken, zum Betriebsrat zu gehen, da sie als Folge eine negative Reaktion der Vorgesetzten befürchten. Geschätzt wird an der Arbeit unter anderem die gute Team-Zusammenarbeit und wenn der Austausch mit den Kund:innen positiv verläuft.

E. ist Einzelhandelskauffrau in einer großen Drogeriekette in Wien. Kund:innenkontakt ist einer der Gründe, warum sie sich überhaupt für den Beruf entschieden hat. „Positive Rückmeldungen freuen mich einfach“, erklärt sie. E. ist sozial, kommunikativ, sie liebt es, mit Mitmenschen ins Gespräch zu kommen. Leider gäbe es aber immer wieder Situationen, in denen sie und ihre Kolleg:innen in der Filiale zu viel auf einmal schaffen müssten und die Kundschaft dann unruhig werde. „Es gibt einige Tätigkeiten neben meiner Hauptaufgabe, die Kassa zu bedienen: Ware verräumen – schlichten, schlichten und nochmals schlichten“, so die Mittvierzigerin. Dazu käme noch der sogenannte Aktivverkauf. Erkundige sich eine Kundschaft nach einem Shampoo, solle man gleich auch auf Conditioner aufmerksam machen. An der Kassa gilt es, auf Angebote hinzuweisen. Kontrolliert wird das durch sogenannte Mystery-Shopper, also Testkäufer:innen der Unternehmen, die die Performance der Beschäftigten im Nach-

gang nach festgelegten Kriterien bewerten. „Die bereiten mir mittlerweile keine Sorgen mehr, am Anfang schon, da ist das ungewohnt“, so E. Kritik seitens der Kundschaft würde sie durchaus treffen – „etwa, wenn man hört, man ist zu langsam, obwohl man sich eh schon so anstrengt“. Sie habe über die Zeit ein dickeres Fell bekommen. E. erinnert sich an eine Kollegin, der die Missgunst der Kundschaft zu viel wurde. Regelmäßig seien am Ende des Tages Tränen geflossen. Irgendwann habe die Kollegin aufgegeben und gekündigt.

Betroffene ernst nehmen

„Mitarbeiter:innen gehen ganz unterschiedlich mit Vorfällen um“, betont Sabine Grossensteiner, Konzernbetriebsrätin bei der REWE Group. „Als Betriebsrat muss man dann individuelle Lösungen finden. Ist es möglich, dass eine Mitarbeiterin Aufgaben mit weniger Kund:innenkontakt übernimmt? Braucht eine Mitarbeiterin psychologische Beratung, kann sie an ihrem Arbeitsplatz weiterarbeiten? Auf jeden Fall geht es darum, die Mitarbeiter:innen ernst zu nehmen und ihnen zuzuhören.“

In der REWE Group arbeiten laut Grossensteiner die meisten Betriebsrät:innen selbst in den Filialen, sie bekämen den Alltag hautnah mit. „Das hilft“, betont sie.

Was sie beobachtet, ist, dass der Tonfall von Kund:innen über die Jahre rauer wurde – und die Gewalt gegenüber Mitarbeiter:innen im Handel häufiger. Laut einer Umfrage unter 1.513 Handelsangestellten und Mitgliedern der GPA, veröffentlicht im Sommer 2025, hat fast jede:r Zweite im Handel bereits Gewalt am Arbeitsplatz erlebt – beinahe jede:r Zehnte sogar im vergangenen Jahr. Gewalt am Arbeitsplatz wird dabei von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) definiert als „jede Handlung oder jedes Verhalten, das von gesellschaftlich akzeptierten Normen abweicht und im Zusammenhang mit der Arbeit dazu führt, dass eine Person bedroht, beleidigt, psychisch oder physisch verletzt wird“.

Rund 53 Prozent der Befragten beobachteten eine Zunahme von Gewalt am Arbeitsplatz in den vergangenen fünf Jahren. Am häufigsten mussten die Befragten Folgendes erleben: 58,6 Prozent wurden schon einmal angeschrien oder eingeschüchtert; 57,8 Prozent wurden an ihrer Arbeitsstelle beschimpft oder beleidigt; 37,6 Prozent wurden im Job bedroht oder eingeschüchtert; 34,6 Prozent waren mit Hänseleien oder Verspottung konfrontiert.

„Es braucht ernsthafte Prävention, klare Abläufe im Betrieb, aber auch ein Umdenken in der Gesellschaft“, sagt der Bundesgeschäftsführer der Gewerkschaft GPA, Mario Ferrari, zu den besorgniserregenden Ergebnissen. „Denn die Kolleg:innen haben sich Respekt für ihre Arbeit verdient, das betrifft die Kund:innen, aber auch die Kultur im Betrieb selbst.“ Die Gewerkschaft GPA habe hier konkrete Forderungen, „etwa ein Recht auf Supervision, das garantiert, dass schnell und unbürokratisch psychologische Hilfe geleistet wird, sollte es zu Vorfällen kommen“, so Ferrari. „Wir fordern aber auch eine Mindestbesetzung der Filialen, etwa bei Rabattaktionen, sowie eine:n Gewaltschutzbeauftragte:n ab 20 Beschäftigten.“ Es gehe aber auch um ganz grundsätzliche Dinge, etwa zu enge Gänge oder zu kleine Kassenbereiche, die Konsument:innen wiederum in Stresssituationen bringen würden.

Showdown an der Kassa

Gestresste Kund:innen sind die größte Sorge von B. Der junge Mann mit Migrationshintergrund arbeitet in einem Supermarkt in Wien. Er ist vor allem für Lieferungen verantwortlich und schlichtet die Ware. Aber manchmal muss er an der Kassa aushelfen: „Das ist oft schwer“, sagt er und runzelt die Stirn. „Am Anfang war ich den Wartenden zu langsam, und sie forderten gleich: ‚Zweite Kassa, bitte!‘“ An das Multitasking galt es sich zu gewöhnen: Kassieren, gleichzeitig mit den Menschen plaudern, immer höflich bleiben, auch wenn viel los ist – und auch, wenn die Kund:innen selbst ungeduldig sind.

„Es gibt gute Leute, aber auch schlimme“, sagt B. Stress und Unfreundlichkeit könnten auch ganz schnell andere Dimensionen annehmen: „Manche Kund:innen sind rassistisch.“ Zweimal habe B. schon dezidiert rassistische Übergriffe ihm gegenüber erlebt. Er

selbst blieb dabei ruhig und reagierte nicht darauf. Die Vorfälle beschäftigten ihn bis heute.

Sabine Grossensteiner sieht generell beim Thema Übergriffe die Arbeitgeber:innen und die Kund:innen in der Pflicht: „Die Unternehmen kämpfen um jeden Kunden und jede Kundin, klar. Aber auch als Kundschaft muss ich mich gegenüber den Mitarbeiter:innen angemessen verhalten“, so die Betriebsrätin. Ein Anfang seien bestehende Plakate in den Filialen, die zu einem respektvollen Umgang aufrufen und Bewusstsein schaffen sollen. Abseits davon gebe es weitere Ideen zu Initiativen und gemeinsamen Kampagnen im Handel.

Entfaltungsmöglichkeit gesucht

Was B. noch Sorge bereitet, ist die langfristige Zukunft. Er kam vor circa fünf Jahren nach Österreich und ist dankbar für seinen Job, aber ihm würden die Weiterentwicklungsmöglichkeiten fehlen. Der soziale Austausch im Job gebe ihm persönlich nicht allzu viel, und er spüre die körperliche Belastung.

„Aus- und Weiterbildung müssen im Handel stärker verankert werden, damit sich Beschäftigte weiterqualifizieren und neue Aufgaben übernehmen können – unabhängig von Alter, Beschäftigungsausmaß oder Filialgröße“, so GPA-Bundesgeschäftsführer Ferrari. Und: „Perspektiven entstehen dort, wo Beschäftigte in Entscheidungen einbezogen sind. Betriebliche Mitbestimmung ist dabei ein entscheidender Ansatz, etwa über Betriebsräte, die sicherstellen, dass Arbeitsbedingungen und Abläufe nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg gestaltet werden.“

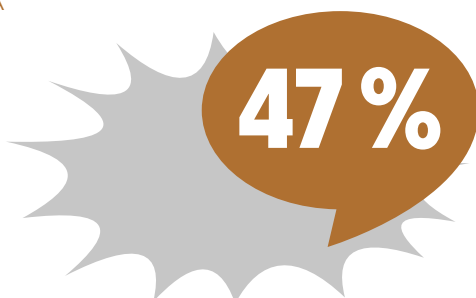
Wie sehen das die von Arbeit&Wirtschaft befragten Handelsgestellten? Für E. und B. sind die Betriebsräte präsent. Doch der junge B. zögert, bei beruflichen Anliegen den Betriebsrat hinzuzuziehen, aus Vorsicht, Vorgesetzte könnten das falsch verstehen. „Ich rede nur mit dem Chef!“

Für REWE-Konzernbetriebsrätin Sabine Grossensteiner spiegelt das nicht die Entwicklung im Handel per se wider: „Mitarbeiter:innen trauen sich heute generell mehr als früher“, ist sie überzeugt. „Wir bei der REWE Group haben zudem mittlerweile Betriebsratsmitglieder verschiedenster Nationalitäten, dadurch konnten etwa Sprachbarrieren abgebaut werden.“ Für Mario Ferrari können es „gerade die kleinteilige Struktur im Handel, aber auch die hohe Fluktuation der Beschäftigten“ sein, die die Vernetzung diesbezüglich erschweren. „Als Gewerkschaft GPA unterstützen wir, wo auch immer der Schuh gerade drückt!“

Die Schuhe der Verkäufer:innen im Müller in Wien-Meidling müssen mittlerweile auch schon etwas zwicken vom Hin und Her zwischen Regalen und Kassa. Die Uhr dreht sich Richtung Ladenschluss. Es wuselt nach wie vor. Weiterhin wird professionell und zuvorkommend gearbeitet. Mögen manche Augen schon müde wirken: Der Schmäh im Team rennt noch. Der Weihnachtseinkaufswahnsinn kann weitergehen. ■

Handelsangestellte, die Gewalt am Arbeitsplatz erlebt haben

Quelle: GPA



Starke Schultern und Rückgrat

Natalie Harsdorf, Chefin der Bundeswettbewerbsbehörde, spricht im Interview über den Kampf gegen die Inflation, Preistreiberei bei Energie und Lebensmitteln und über gutgläubige Konsument:innen.

INTERVIEW ROBERT MISIK

Natalie Harsdorf sitzt in einem kleinen, spartanischen Büro im Bundesamtsgebäude in der Wiener Radetzkystraße, und äußerlich deutet wenig darauf hin, dass hier die Frau residiert, die der Schrecken der Mächtigen, der großen Konzerne und der Wirtschaftsbosse ist. Nach längerem Gezerre wurde die heute 40-Jährige 2023 auch formal Generaldirektorin der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) – jahrelang war versucht worden, sie zu verhindern. Harsdorf ist Juristin und Kartellrechtsexpertin, sie ist international ausgebildet, stellt Preistreiber nach, zerschlägt Monopole und ist die Anwältin der Konsument:innen. Einflussreiche Feind:innen hat sie wohl genug.

Arbeit&Wirtschaft: Die Inflation bleibt hoch, die Preise für Lebensmittel und Energie belasten die Bürger:innen. Ein Fall für die Bundeswettbewerbsbehörde?

Natalie Harsdorf: Wettbewerb wirkt sich mittel- und langfristig positiv für die Verbraucher:innen aus. Wenn ich gezwungen bin, mich um Kund:innen zu bemühen, dann versuche ich, den Preis möglichst niedrig zu halten. Bin ich aber Monopolist:in, dann setze ich ihn so hoch an, dass

das Produkt gerade noch gekauft wird. Wettbewerb führt also zu niedrigeren Preisen auf Märkten, aber Wettbewerb ist natürlich nicht etwas, was man auf Knopfdruck einschalten kann. Man muss dafür sorgen, dass es einen attraktiven Standort gibt, sodass viele Unternehmen hier überhaupt tätig werden können und auch neue in den Markt eintreten. Was nun etwa die Lebensmittelmärkte betrifft, sieht man in Österreich, dass die Marktkonzentration auf verschiedenen Ebenen Auswirkungen hat – nicht nur, was den Handel betrifft.

Wo noch?

Es beginnt schon bei der Frage, wer Lebensmittel produziert. Einige Konzerne haben hier sehr viel Marktmacht.

Nestlé, Unilever und die ganz großen Global Player?

Ja, hier hat man in einigen Segmenten eine hohe Konzentration, bei Fertigsuppen etwa ist sie extrem, oder auch bei Knabbergebäck. All das hat Auswirkungen, weil selbst die Handelsunternehmen, die bei uns groß sind, im Vergleich zu den Global Playern nicht besonders marktmächtig sind. Wir haben in Österreich im Handel wiederum

eine sehr hohe Marktkonzentration, und das wirkt sich negativ auf den Wettbewerb aus.

Die Bundeswettbewerbsbehörde hat schon in den 2010er-Jahren umfangreiche Ermittlungen wegen Preisabsprachen, Kartellbildung usw. durchgeführt, es gab Hausdurchsuchungen, die Verurteilungen und hohe Geldbußen zur Folge hatten. Es wurden 70 Millionen Euro an Strafen verhängt. Es ist aber auch die Aufgabe der BWB, strukturelle Probleme aufzuzeigen und die Politik dazu zu bewegen, Rahmenbedingungen zu verbessern. Deswegen haben wir schon vor einiger Zeit die sehr unterschiedlichen Einkaufspreise für den Handel im europäischen Binnenmarkt thematisiert.

Ein Klassiker: österreichische Manner Schnitten, die in Deutschland billiger sind als bei uns!

Wir haben festgestellt, dass kleinere Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union benachteiligt werden. Die Produzent:innen setzen die Preise nicht für den Binnenmarkt, sondern separat für die Mitgliedsstaaten fest.

Sie sprechen vom sogenannten Österreich-Aufschlag.



Natalie Harsdorf leitet seit 2021 interimistisch, seit 2023 dauerhaft die Bundeswettbewerbsbehörde. Sie studierte Rechtswissenschaften in Wien, Dublin und Brügge. 2009 trat sie in die Behörde ein und machte sich als Kartelljägerin im Lebensmittelhandel einen Namen.

„Ich muss am Abend in meiner Freizeit keine Krimis schauen – das habe ich während der Arbeitszeit.“

Natalie Harsdorf, Generaldirektorin der Bundeswettbewerbsbehörde

Bloß, dass es kein Österreich-Aufschlag ist, es trifft alle kleineren EU-Mitgliedsstaaten. In manchen hat man noch höhere Preise als in Österreich.

Es ist doch völlig verrückt, dass man einen europäischen Binnenmarkt hat, aber als Händler nicht in Deutschland einkaufen darf.

Für die meisten Preisunterschiede gibt es kein vernünftiges ökonomisches Argument. Wir haben das schon 2023 an die EU-Kommission herangetragen.

Man würde annehmen, damit rennt man dort offene Türen ein.

Es betrifft aber eben einzelne Mitgliedsstaaten überhaupt nicht. Jetzt gibt es eine Allianz der kleineren Mitgliedsstaaten, die wächst. Deshalb braucht so etwas, wie fast alle europäischen Angelegenheiten, ein wenig Zeit.

Was kann man sonst noch tun?

Wir haben Vorschläge gemacht, die meisten gehen in Richtung Transparenz. Wir bekommen von Konsument:innen das Feedback, dass die meisten das Gefühl haben, sie durchschauen das Preisgefüge nicht. Wenn ich einen Fernseher kaufe, dann studiere ich vielleicht Preise, Qualität, die verschiedenen Marken. Das macht ja niemand mit 50 Produkten beim Wocheneinkauf.

Selbst wenn man könnte, würde man mit seiner Zeit vielleicht Besseres anfangen.

Es gibt so viele Aktionen, die Preisvergleiche noch schwieriger machen. Viele Menschen würden sich einfache Preisvergleichsmöglichkeiten wünschen. Die bestehenden Vergleichsportale müssen eine verbesserte Möglichkeit erhalten, zu den Daten des Handels zu kommen.

Dann gebe ich um 8 Uhr morgens ein, was ich einkaufen will, und das Portal sagt mir, wo das heute am billigsten ist?

Beispielsweise, ja. Bis jetzt hat man das nicht umgesetzt.

Wer nicht so Internet-affin ist, hat dann schon verloren, wer gut beim Preisvergleich im Netz ist, gewinnt.

Das ist hundertprozentig richtig, und das gilt nicht nur für Lebensmittel, sondern etwa auch im Energiebereich. Konsument:innen, die die Preisvergleichsmöglichkeiten nutzen, finden die günstigsten Tarife und zahlen viel weniger, und die anderen bleiben in teuren Verträgen gefangen. Wir sehen immer wieder, dass gerade Haushalte, die ein besonders enges Budget haben, nicht wechseln. Da muss man leider sagen: Man kommt am Internet nicht vorbei. Wir sehen auf dem Energiemarkt sehr große Preisunterschiede. Die Differenz zwischen dem günstigsten und dem teuersten Tarif ist enorm. Das zeigt auch, dass der Wettbewerb nicht funktioniert, denn wo es echten Wettbewerb gibt, da gleichen sich die Preise an. Und deshalb ist es so wichtig, dass Konsument:innen auf ihr Börserl aufpassen, dass sie Preise verglei-

chen und Anbieter auch wechseln. Sehen sie auf der E-Control-Website nach, wir haben eine viel zu niedrige Wechselrate!

Wie niedrig?

Nur 4 Prozent der Kund:innen wechseln. Im ersten Halbjahr 2025 waren es noch weniger – das ist extrem niedrig. Wir liegen weit hinter anderen EU-Staaten. Niemand muss aus Sicherheitsgründen bei seinem Landesenergieversorger bleiben. Ich glaube, dass die Konsument:innen eine viel zu vertrauensvolle Haltung haben, so in dem Sinn: „Wird schon passen ...“. Damit zahlt man leider wirklich drauf.

Der Wettbewerb bei der Energie funktioniert also auch nicht richtig?

Es gibt keinen bundesweiten Wettbewerb. Die Unternehmen versuchen oft nicht einmal, neue Kund:innen außerhalb ihres Netzgebietes zu gewinnen. Es gibt ein strukturelles Problem. Diese Unternehmen sind sehr stark untereinander verbunden, das heißt, sie haben Beteiligungen untereinander. Das kann manchmal schon sinnvoll sein, etwa wenn man sich an gemeinsamen Investitionen beteiligt, bei Infrastrukturprojekten. Aber das Ergebnis prägt die Kultur des Marktes. Es mindert den Wettbewerbsgedanken. Diese Beteiligungen müssen reduziert werden.

Die Bundesländer haben daran kein großes Interesse. Die Gewinne der Landesenergieversorger fließen ins Budget.



Kartelljägerin: Bei der BWB geht Generaldirektorin Natalie Harsdorf, 40, gegen multinationale Konzerne vor.

Aber wenn Österreich im gegenwärtigen schwierigen ökonomischen Umfeld wettbewerbsfähig sein und noch wettbewerbsfähiger werden will, dann müssen wir bei solchen Schlüsselmärkten etwas machen. Sie haben Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette, von den Kosten für die Unternehmen bis zur Kaufkraft der Konsument:innen. Da muss man schmerzhaft Schritte setzen.

Was genau heißt schmerzhaft?

Auch die Reduktion der Beteiligung ist schmerzhaft. Das ist finanziell nicht so leicht aufzulösen, hier müssen Entflechtungen vorgenommen werden. Aber die Energiekosten und damit der Wettbewerb sind ein Schlüssel für unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Man hat oft gesagt, die Strompreise würden wegen des Merit-Order-Prinzips hinaufgetrieben, bei dem das teuerste Kraftwerk den Preis bestimmt, in der Regel ist das ein Gaskraftwerk. Nun wurden im Vorjahr 94 Prozent des österreichischen Stromverbrauchs durch Erneuerbare gedeckt.

Das Problem mit der Preisbildung auf dem Strommarkt muss man auf europäischer Ebene lösen.

Man kann nicht sagen: Wir steigen aus diesem Preismechanismus aus?

Bei einem so integrierten Strommarkt, wie ihn Österreich mit seinen Nachbarn hat, wird das nicht gehen, nach allem, was mir die Expert:innen dazu sagen.

Es gibt eine Romantik oder Ideologie des Wettbewerbes: Hat man nur transparente Märkte, dann werden die Produkte besser, die Güter billiger, und am Ende retten wir sogar die Welt mit Ökokonsum. Überfordert das nicht die Konsument:innen?

Es ist eine Illusion, dass man nur mit den Instrumenten des Wettbewerbsrechts einen Staat oder Markt schafft, der perfekt funktioniert. Dafür brauche ich auch andere Instrumente, vom Sozialstaat über den Arbeitnehmer:innenschutz bis hin zu Kollektivverträgen. Mit Wettbewerbsrecht schaffe ich auch keine sauberen Flüsse. Aber Wettbewerbsrecht kann einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten. Günstige Preise schaffen Fairness und Gerechtigkeit.

Wenn es einen Verdacht auf Kartellbildung oder Ähnliches gibt – was machen Sie da? Wie arbeitet Ihre Behörde?

Wir können mit Hinweisgeber:innen arbeiten. Unternehmen können sich bei uns melden und als Kronzeug:innen straffrei bleiben. Wir tragen Puzzlesteine zusammen. Und wenn sich ein Verdacht erhärtet, dann machen wir ihn beweisfest fürs Ge-

richt. Es ist investigative Arbeit. Wir haben Zeug:innen, wir sichern mit Hausdurchsuchungen Beweismittel. Ich muss am Abend in meiner Freizeit keine Krimis schauen – das habe ich während der Arbeitszeit.

Sie sitzen dann hier hinter Ihrem Computer und beauftragen eine Hausdurchsuchung?

Ich als Generaldirektorin beantrage einen Durchsuchungsbefehl, ja – und ein Gericht prüft das. Das ist sehr wichtig: Ein unabhängiges Gericht ordnet das dann an. Erhärtet sich der Verdacht und kommt es zu einer Verurteilung, zahlen die Unternehmen eine Buße. Die fließt ins Budget und entlastet die Steuerzahler:innen, dient also am Ende dem Gemeinwohl.

Sie steigen mächtigen Leuten auf die Zehen, die Druck ausüben können. Ich nehme an, Sie haben viele mächtige Feind:innen ...

Als Leiterin der BWB gehe ich gegen starke ökonomische Interessen vor. Naturgemäß hat man laufend Konflikte. Es wird auch versucht, mit PR- und Pressekampagnen die Behörde in ein schiefes Licht zu bringen. Wir haben weder das Geld noch andere Ressourcen, um dem etwas entgegenzusetzen. Unsere Reaktion darauf sind große Transparenz und eine Arbeit auf höchstem Niveau. Es braucht starke Schultern und auch Rückgrat, aber das ist mein Job als Behördenleiterin. ►

Kurzgesch

Zum österreichischen Energiemarkt lässt sich eines festhalten: Es ist kompliziert. Bund, Länder und Gemeinden sind durch Firmenbeteiligungen direkt involviert. Dadurch profitieren auch sie von den Preissteigerungen der vergangenen Jahre, die Endverbraucher:innen bis heute schwer belasten.

Strom Gas

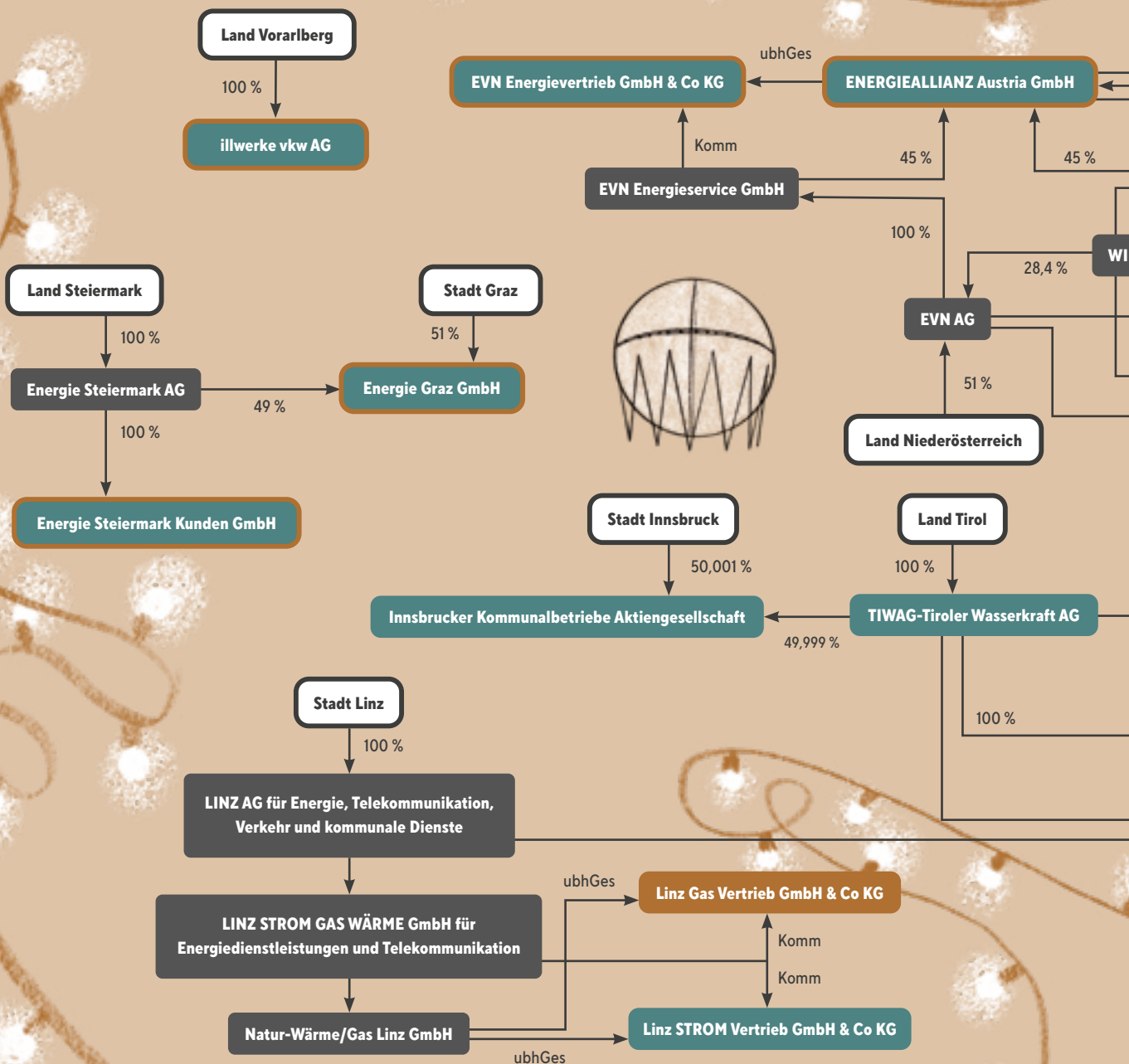
Eigentümer

Konzerne

☐ Öffentliche Eigentümer

Komm: Kommanditist

ubhGes: unbeschränkt
haftender Gesellschafter



Das Diagramm zeigt die Energieversorgungsstruktur in Österreich, unterteilt in verschiedene Regionen und Bundesländer. Die Hauptkomponenten sind:

- Wien:** WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH (100% von WIEN ENERGIE GmbH), WIEN ENERGIE GmbH (100% von ENER STADTWERKE GmbH), Stadt Wien (100% von BE Vertrieb GmbH & Co KG).
- Burgenland:** Land Burgenland (51% von Burgenland Energie AG), Burgenland Energie AG (100% von BE Vertrieb GmbH & Co KG), Burgenland Holding AG (100% von Stadt Wien).
- Kärnten:** Land Kärnten (51% von Kärntner Energieholding Beteiligungs GmbH), Kärntner Energieholding Beteiligungs GmbH (51,08% von KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft).
- Salzburg:** Land und Stadt Salzburg (73,87% von Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation), Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation (26,13% von Energie AG Oberösterreich Service- und Beteiligungsverwaltungs-GmbH).
- Tirol:** TIGAS-Wärme Tirol GmbH (8,28% von Energie AG Oberösterreich).
- Österreich:** Republik Österreich (51% von VERBUND AG), VERBUND AG (100% von Energie AG Oberösterreich).
- Oberösterreich:** Land Oberösterreich (52,81% von Energie AG Oberösterreich), Energie AG Oberösterreich (100% von Energie AG Oberösterreich Service- und Beteiligungsverwaltungs-GmbH).
- Vertrieb:** Energie AG Oberösterreich Vertrieb GmbH (100% von Energie AG Oberösterreich).

Die Diagrammstruktur ist wie folgt:

```

graph TD
    LandBurgenland[Land Burgenland] -- 51% --> BurgenlandEnergieAG[Burgenland Energie AG]
    LandKärnten[Land Kärnten] -- 51% --> KärntnerEnergieholding[Kärntner Energieholding Beteiligungs GmbH]
    LandBurgenland -- Komm --> BEVertrieb[BE Vertrieb GmbH & Co KG]
    BurgenlandEnergieAG -- Komm --> BEVertrieb
    KärntnerEnergieholding -- 51,08% --> KELAG[KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft]
    StadtWien[Stadt Wien] -- 100% --> BEVertrieb
    StadtWien -- 100% --> BurgenlandHolding[Burgenland Holding AG]
    BurgenlandHolding -- 10,04% --> VERBUND[VERBUND AG]
    RepublikOsterreich[Republik Österreich] -- 51% --> VERBUND
    VERBUND -- 5,2% --> EnergieAGOberoesterreich[Energie AG Oberösterreich]
    LandOberoesterreich[Land Oberösterreich] -- 52,81% --> EnergieAGOberoesterreich
    TIGAS[TIGAS-Wärme Tirol GmbH] -- 8,28% --> EnergieAGOberoesterreich
    EnergieAGOberoesterreich -- 100% --> EnergieAGOberoesterreichVertrieb[Energie AG Oberösterreich Vertrieb GmbH]
    EnergieAGOberoesterreich -- 100% --> EnergieAGService[Energie AG Oberösterreich Service- und Beteiligungsverwaltungs-GmbH]
    LandStadtSalzburg[Land und Stadt Salzburg] -- 73,87% --> SalzburgAG[Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation]
    SalzburgAG -- 26,13% --> EnergieAGService
    WienEnergieGmbH[WIEN ENERGIE GmbH] -- 100% --> WIENVertrieb[WIEN ENERGIE Vertrieb GmbH]
    ENERSTADTWERKE[ENER STADTWERKE GmbH] -- 100% --> WienEnergieGmbH
    ENERSTADTWERKE -- 73,63% --> BurgenlandHolding
    ENERSTADTWERKE -- 11,71% --> VERBUND
    ENERSTADTWERKE -- 1,15% --> EnergieAGOberoesterreich
    BurgenlandEnergieAG -- 49% --> KELAG
    BurgenlandEnergieAG -- 35,17% --> EnergieAGOberoesterreich
    WienEnergieGmbH -- 6,59% --> BEVertrieb
    WienEnergieGmbH -- 10% --> WIENVertrieb
    
```

Recherche und Text: Sarah Kleiner; Illustration: Silke Müller; Layout: Thomas Jarmer

Shoppen, bis es kracht



Kaufsucht ist weit verbreitet, wird aber oft nicht als Problem wahrgenommen. Wie kann man ihr vorbeugen und verhindern, dass Menschen in die Schuldenfalle tappen?

TEXT ANDREA ROGY

Zwischen Arbeit und Sport am Smartphone schnell noch neue Winterschuhe bestellen, ohne sich die Zeit zu nehmen, die vom Vorjahr zu begutachten. Lieber den Pulli in der trendigen Herbstfarbe kaufen als üppig Mittagessen gehen – ein Klick und erledigt, bezahlt wird auf Raten. Die Strom- und Gasrechnung steht eigentlich auch an, aber egal, die wird erst Ende des Monats abgebucht, sofern dann noch genug Geld am Konto ist. Man wird sehen ...

Wer sich regelmäßig so verhält, bewegt sich hart an der Grenze zur Sucht des Rauschkaufens. In Österreich ist etwa jede fünfte Person kaufsuchtgefährdet, wie aus einer 2023 vom Gallup-Institut im Auftrag der Arbeiterkammer Wien durchgeführten Befragung von 1.000 Personen hervorgeht. Vor allem Frauen, Menschen unter 30 Jahren und Personen mit geringer formaler Bildung sind

betroffen, ebenso Leute, die einen schlechten Überblick über ihre Finanzen haben. Auch wenn die Zahlen im Vergleich zu früheren Erhebungen leicht rückläufig sind: Sie alarmieren und machen Gegenstrategien notwendig.

Unbehelligte Sucht

Für Nina Birkner-Tröger, Konsumforscherin und Referentin in der Abteilung Konsument:innenpolitik der Wiener Arbeiterkammer, ist Kaufsucht als „stark schambehaftete und unsichtbare Abhängigkeit in der Mitte der Gesellschaft angekommen“. Die Erhebung zeige, dass 9 Prozent der österreichischen Bevölkerung ab 14 Jahren zumindest episodisch ein unkontrolliertes Kaufverhalten an den Tag legen. „Wir sprechen da von rund 700.000 Personen“, sagt





AK-Expertin und Konsumforscherin Nina Birkner-Tröger wünscht sich mehr öffentliche Debatten zu Kaufsucht und Verschuldung.

die Expertin. Auch Menschen mit hohem Einkommen sind stark kaufsuchtgefährdet. „In dem Fall ist das toxisch, aber meist nicht existenzgefährdend.“

Konträr zur hohen Betroffenenzahl spielt Kaufsucht in der öffentlichen Wahrnehmung eine untergeordnete Rolle, gerne wird sie als privates Thema abgetan. Konsum ist schließlich auch politisch und wirtschaftlich erwünscht. Ein ungesundes Konsumverhalten könne jedoch das gesamte Leben auf den Kopf stellen: „Kaufsucht-ige haben eine Impulskontrollstörung, sie müssen kaufen, ohne dass ihnen wichtig ist, was sie kaufen“, sagt Birkner-Tröger. „Das Anhäufen von Dingen und der Kick des Erwerbs stehen im Vordergrund.“

Das Gefährliche an Kaufsucht ist, dass der Übergang von einem alltäglichen Kaufverhalten mit gelegentlichen Belohnungskäufen zu einem problematischen sehr fließend und unauffällig verläuft. Die Grenze zu pathologischem Verhalten ist laut Beratungsstellen dort überschritten, wo Frustkäufe zur Gewohnheit werden und regelmäßig versucht werde, bestehende negative Gefühle durch Einkaufen zu verändern. Betroffene können nicht mehr selbst steuern, ob und wann sie etwas erwerben. Pathologisch wird es auch, wenn gekaufte Dinge originalverpackt im Kasten oder Mistkübel landen und das Einkaufen so viel Zeit in Anspruch nimmt, dass andere Lebensbereiche wie Schule, Beruf oder Beziehungen vernachlässigt werden.

Im Betrieb ansetzen

Birkner-Tröger wünscht sich mehr Aufmerksamkeit für den Themenkomplex – gezielte Prävention könnte auch auf betrieblicher Ebene stattfinden: „Die Belegschaftsvertretung könnte Weiterbildungen zum Umgang mit Geld anbieten. Auch Tauschbörsen und Repair-Cafés schärfen das Bewusstsein für nachhaltigen Konsum.“ Im Rahmen einer erweiterten Fürsorgepflicht könnte die Aufklärung über Schuldenfallen und Kaufsucht laut der Expertin sogar als

betriebliche Aufgabe gesehen werden: „Junge Erwerbstätige müssen erst lernen, wie wichtig es ist, den Überblick über die eigenen Einnahmen und Ausgaben zu behalten.“

Gerade jungen Arbeitnehmer:innen würden systematische Beratungsangebote helfen, ein höheres Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass „unser Status nicht immer nur über neuwertige Sachen definiert werden muss, sondern nachhaltiges Konsumverhalten ökologisch sinnvoll ist und sozial belohnt wird.“ In diese Richtung arbeitet auch die Initiative RESI Slow Fashion. Sie organisiert Vintage-Tauschevents und Reparaturworkshops für Unternehmen.

Gründerin Serafina Spatt will durch das gemeinsame Arbeiten per Hand das individuelle Bewusstsein für Nachhaltigkeit erhöhen: „In der Gruppe werden Löcher, Risse oder Flecken in der eigenen Kleidung mit einfachen Stick- und Stopftechniken kreativ repariert“, sagt sie. „So ein Gemeinschaftserlebnis schafft ein starkes Bewusstsein für Nachhaltigkeit.“

Im digitalen Zeitalter prasseln besonders viele Reize auf uns ein, die Begehrlichkeiten nach einem modernen Handy, neuester Mode oder besonderen Accessoires werden auf unzähligen Kanälen geweckt. Die permanente und niederschwellige Verfügbarkeit von Konsumgütern wird schnell zum Problem. Und durch Möglichkeiten der Vorfinanzierung steigt das Risiko, sich mit Ratenzahlungen zu übernehmen. Menschen, die hauptsächlich digital bezahlen, sind laut Expert:innen besonders gefährdet, den Überblick über ihre Ausgaben zu verlieren.

In der Schule ansetzen

Ein weiterer Weg, Kaufsucht und auch Verschuldung gegenzusteuern, führt über die Bildung: Die Arbeiterkammer spricht sich für eine Stärkung der Finanzkompetenz sowie des Bewusstseins für nachhaltigen Konsum in der Schule aus, daneben wird etwa auch



Für Projektmanagerin Christiane Thenius ist die Finanzbildung ein wichtiges Instrument im Kampf gegen ungesunde Kaufgewohnheiten.

der „Finanzführerschein“ angeboten. Dieses von der Schuldnerhilfe Oberösterreich entwickelte Ausbildungsprogramm gibt es in Salzburg, Wien, Niederösterreich und Kärnten und vermittelt Schüler:innen unterschiedlicher Ausbildungsstufen Wissen zu Geldthemen.

Praxisnahe Erfahrungen können Schüler:innen und junge Erwachsene auch in den Mitmachlaboren „COCO fin“ und „COCO lab“ des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums sammeln. Schulen können kostenlos Online-Workshops oder solche vor Ort im Museum in Wien buchen. Das Labor „COCO fin“ beschäftigt sich etwa mit den schwierigen Arbeitsbedingungen im Niedriglohnsektor. Die Schüler:innen schlüpfen in die Rolle von prekär beschäftigten Fahrradbot:innen: „Ein Teil stellt das Radfahren auf dem Home-trainer nach, andere gehen auf Steppern virtuelle Stiegen hinauf, der Rest der Gruppe muss schwere Pakete werfen“, erklärt Projektleiterin Christiane Thenius. „Danach besprechen wir, wie schlecht diese Beschäftigten bezahlt werden und dass sie weder kollektivvertragliche Lohnerhöhungen noch Urlaubsgeld bekommen.“ So erlangen die Schüler:innen ein Bewusstsein für den hohen Wert des sozialen Sicherungssystems. Und das könne wiederum zu nachhaltigen und gezielteren Kaufentscheidungen führen.

Rollenspiele und Debatten spielen auch im „COCO lab“ eine Rolle. Dort arbeiten die Trainer:innen mit Diskussionsstationen oder einem Mitmach-Parlament. Im Workshop zum Thema Energie lernen die Schüler:innen, dass die Produktion derselben keine Selbstverständlichkeit ist. „Ein Teil der Gruppe muss unaufhörlich an einem Seil ziehen, damit der andere Teil ein Spiel fortsetzen kann. Die Energie wird benötigt, um alles am Laufen zu halten“, erklärt Thenius. „Begriffe wie Nachhaltigkeit, schonender Ressourceneinsatz oder soziale Solidarität sind für Junge schwer greifbar und sperrig. Erst wenn diese Werte anhand persönlicher Erfahrungen

gen spürbar werden, verankert sich ihre Bedeutung bei den Teilnehmer:innen im positiven Sinn im Gedächtnis.“

In der Jugendarbeit ansetzen

Das Aufklären junger Menschen wird besonders relevant, wenn man sich die Sachlage zum Thema Verschuldung ansieht: Der 2024 erstellte Jugendmonitor der Arbeiterkammer zeigt, dass die finanzielle Lage für 30 Prozent der 16- bis 29-Jährigen „schwierig“ ist. 21 Prozent haben das eigene Bankkonto überzogen, jede:r Fünfte hat also Schulden bei der Bank. Den signifikanten Zusammenhang zwischen Kaufsucht und der Höhe der Verschuldung bestätigt auch die AK-Studie: 45 Prozent der Personen, die mehr als 5.000 Euro an Schulden haben, gelten auch als kaufsuchtgefährdet.

Finanzbildung und Nachhaltigkeitsbewusstsein stellen deshalb auch für Christian Holzacker, pädagogischer Bereichsleiter des Vereins Wiener Jugendzentren, wichtige Querschnittsthemen dar. Pro Jahr erzielt der Verein mehr als 520.000 Kontakte mit Jugendlichen, Kernzielgruppe sind 10- bis 19-Jährige, meist Lehrlinge oder Pflichtschulabsolvent:innen. „Wir beobachten massive Formen von Armut, die meisten der von uns betreuten Jugendlichen haben sehr wenig Geld zur freien Verfügung.“ Dennoch würden sich zahlreiche Gespräche um den Wert und die Verfügbarkeit von Alltagsgegenständen, Statussymbolen oder Kleidung drehen.

„Ist das Thema Geld für eine Gruppe aktuell wichtig, gestalten wir manchmal inhaltliche Angebote in einer Jugendeinrichtung“, erklärt Holzacker. Kaufsucht werde am Rande mitbehandelt, das zentrale Problem sei aber die fehlende Möglichkeit zur ökonomischen – und damit oft auch gesellschaftlichen – Teilhabe. Auch die Unterstützung im Umgang mit beschränkten Finanzmitteln ist wichtig: „Viele junge Leute erleben extreme finanzielle Limitationen, sie brauchen eine sehr hohe Kompetenz im Umgang mit ihren Ressourcen“, erklärt der Pädagoge. Der Wunsch nach Teilhabe entstehe „auch aufgrund des Idealbildes aus den sozialen Medien: Unsere Gesellschaft definiert sich insgesamt sehr stark über das Konsumverhalten.“

Dem können sich auch finanziell schlecht gestellte Jugendliche nicht entziehen. Aber sie können ihr eigenes Kaufverhalten unter die Lupe nehmen und darauf achten, was Impulskäufe in ihrem Leben für eine Funktion erfüllen bzw. was sie ersetzen sollen. Sind ungesunde Kaufgewohnheiten erst einmal identifiziert, kann man sich österreichweit Hilfe bei den Schuldnerberatungsstellen oder im Osten beim Anton-Proksch-Institut suchen.

Jugendliche müssten lernen, wie „Identitätsfindung zwischen plakatierten Konsumbedürfnissen, Prestigedenken und den vorhandenen Finanzmitteln stattfinden kann“, meint die AK-Expertin Birkner-Tröger. „Wir brauchen eine breite gesellschaftspolitische Diskussion: weg vom Materialismus, der sich über das Ankaufen ständig neuer Dinge definiert, hin zu Nachhaltigkeit und Solidarität, die uns glücklich machen kann.“ ▀

Vom Klicken und Verticken

Shoppern im Internet wird immer beliebter: Onlinehändler verzeichnen steigende Umsätze, was sich auf den stationären Handel auswirkt. Allerdings ist beim Kauf im Netz Vorsicht geboten.

TEXT FELIX SCHMIDTNER

Man sitzt bequem auf der Couch und scrollt am Smartphone auf der Suche nach einem neuen Lederkabel erst mal durch das Angebot von Amazon. Ein neuer Wintermantel muss her? Dann heißt es, online Angebote von Versandhändlern zu vergleichen. Digitale Konsumwege und -entscheidungen wirken heute selbstverständlich.

Laut einer Befragung des Datenportals Statista von 2024 kaufen rund zwei Drittel der Österreicher:innen zwischen 16 und 74 Jahren online ein. Während die Verkaufsflächen im stationären Handel zurückgehen, etablieren sich große Onlinehändler auf dem Markt. 50 Prozent der Österreicher:innen haben schon einmal bei den asiatischen Onlineshops Temu oder Shein eingekauft. Shein landete im Vorjahr überhaupt auf Platz fünf der umsatzstärksten Shops in Österreich – nach Amazon, Zalando, Shop-Apotheke und dem Designmodehändler Best-Secret. Onlineshopping geht schnell – doch es birgt Risiken.

So setzen sich Konsument:innen im Netz auch Risiken wie Betrugsgefahr und Datenklau aus. Louise Beltzung von der AK Wien beschäftigt sich mit diesen Tücken und der Vulnerabilität von Konsument:innen im digitalen Raum. Durch Tracking entstünden in Kombination mit unzureichendem Wissen über Datenschutz gläserne Konsument:innen. Das führe nicht nur zu maßgeschneiderten

Werbungen, sondern teils auch zu maßgeschneiderten Preisen. Oft ist unklar, ob alle denselben Preis für ein Produkt zahlen müssen. „Vieles, das im digitalen Raum geschieht, wäre im stationären Handel undenkbar“, sagt Beltzung. Laut einer Umfrage des Handelsverbands sind zudem bereits 27 Prozent der Konsument:innen schon einmal Opfer von betrügerischen Shops gewesen. Beltzung rechnet mit einer noch größeren Dunkelziffer. Vieles werde nicht gemeldet, da der Streitwert verglichen mit dem Aufwand für zu gering gehalten wird.

„Die Konsument:innen sind heute besser informiert und können auf ein größeres Sortiment von zahlreichen Anbietern zurückgreifen“, erklärt René Kerschbaumer, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FH Campus 02 Graz zu Konsumverhalten forscht. „Aber ich befürchte, dass

das Kaufentscheidungen nicht vereinfacht, sondern schwieriger gemacht hat.“ Alte Faustregeln, wie dass man sich auf das kuratierte Sortiment eines Elektronikhändlers verlassen kann, gelten im digitalen Raum nicht. An ihre Stelle tritt die kostenlose Retoursendung, durch die Kaufentscheidungen schnell mal unbedacht getroffen werden. Rezensionen und Labels ersetzen die persönliche Beratung, KI gewinnt hier immer mehr an Bedeutung.

Technologioffenheit beobachtet auch Mark Harwardt. Er ist Professor für Handelsmanagement, E-Commerce und Marketing an der Hochschule für angewandtes Management im deutschen Ismaning. Als Konsumtrend beobachtet er ein großes Interesse an nachhaltigen Produkten bei gleichzeitig sehr preissensitiven Konsument:innen, die mit gestiegenen Lebenshaltungskosten kämpfen. „Das führt letzten Endes dazu, dass wir trotz Nachhaltigkeitsbewusstsein dazu tendieren, günstige Produkte zu wählen“, so Harwardt. So wandert die Kundschaft zum globalen Onlinehandel ab, der mit dominanten Playern wie Amazon bereits jetzt monopolartige Strukturen aufweist. Das Angebot ist zwar günstig, aber oft alles andere als gesundheitlich und ökologisch unbedenklich. Es lohnt sich also grundsätzlich immer, vor dem Onlinekauf noch mal einen Schritt zurückzugehen: Kann das alles wirklich stimmen? ▶

Durchschnittliche Ausgaben im Onlinehandel pro Jahr und Person in Österreich

Quelle: RegioData Research GmbH





Gemeinsam gegen Multis

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Konsument:innenschutz zu einem dichten Netz entwickelt. Digitalisierung und Globalisierung erfordern heute Kooperation und Regulierung – aber auch kritische Konsument:innen.

TEXT SARAH KLEINER

Der Kaktus hat seine 15 Minuten Ruhm hinter sich. Er ist „viral gegangen“, wie man so schön sagt. Das Stoffspielzeug macht in piepsiger Stimme Melodien und Geräusche nach und wackelt mit dem Körper. In etlichen Kurzvideos haben Menschen auf Social Media solchen Kakteen vorgesungen oder sie zu ganzen Chören aufgestellt.

Klingt nett? Der Kaktus hat leider auch einen Haken: Ein Produkttest der Arbeiterkammer Oberösterreich ergab, dass das Spiel-

zeug des chinesischen Onlinehändlers Shein ein Risiko für Kinder darstellt, die damit spielen. Durch leicht ablösbare Kleinteile besteht eine Erstickungsgefahr. Die Flammenschutzmittel in dem Kaktus, die den EU-Grenzwert um fast 500 Prozent überschreiten, bedrohen auch Erwachsene. Sie stehen im Verdacht, Krebs zu erregen.

Die Produktvielfalt, die dem modernen Menschen im Web gegenübersteht, ist schier überwältigend. Summiert man die Waren, die auf Onlineshops wie Alibaba, Amazon, Shein, Temu,



Wish, Zalando und Co feilgeboten werden, so kommt man auf Millionen von Konsumgütern aus aller Welt, die nur einen Klick entfernt sind. Als Konsument:in eine informierte Entscheidung zu treffen ist zeitintensiv und teils unmöglich geworden. Und die Versuchung, auf „Kaufen“ zu klicken, ist groß. Das Meer an Gütern zeigt, welche essenzielle Rolle dem Konsument:innenschutz heutzutage zukommt.

Vertrauen ist gut, aber ...

„Konsument:innen glauben oft, dass alle Produkte geprüft werden, bevor sie auf den Markt kommen“, sagt Ulrike Weiß. „Dabei trifft das nur noch in den seltensten Fällen zu.“ Weiß leitet den Konsument:innenschutz der AK Oberösterreich und ist seit rund 25 Jahren in dem Bereich tätig. Den Aufstieg des Onlinehandels hat sie von der Pike auf miterlebt.

Unternehmen, die Produkte wie Elektrogeräte oder Spielzeug in Europa vertreiben wollen, müssen sie in der Regel mit einer CE-Kennzeichnung versehen. Die dafür zwingend notwendige CE-Konformitätserklärung nimmt Hersteller in die Pflicht, damit die Waren europäischen Qualitätskriterien und Vorschriften – also auch Grenzwerten von Chemikalien – entsprechen.

„Bei Produkten, die über einen Importeur und den Handel zu den Konsument:innen kommen, finden wir vereinzelt Grenzwertüberschreitungen“, sagt Weiß. Vor allem bei Direktimporten über Temu oder Shein finde man sie häufig. „Wenn wir auszugsweise zehn Produkte testen, ist mehr als die Hälfte weit unter dem europäischen Standard, egal ob bei Kleidung, Spielzeug oder Sonstigem“, sagt Weiß, und: „Hier braucht es umgehend EU-weite Regelungen zum Schutz der Konsument:innen!“ Das EU-Parlament hat kürzlich strengere Regeln zum Verkauf von Kinderspielzeug beschlossen, über einen QR-Code sollen Produktinformationen abrufbar sein. Greifen wird die Regelung aber erst 2030.

Der Verbraucher:innenschutz geht prinzipiell von einem Macht- und Informationsgefälle aus. Produzenten und Händler sind Kund:innen hinsichtlich Macht, finanzieller Ausstattung, Erfahrung und Information überlegen. Sie mit einer Gegenmacht zu konfrontieren ist Aufgabe des Konsument:innenschutzes. Er tritt gegenüber Unternehmen und auf politischer Ebene – national wie international – die Interessen von Konsument:innen und setzt deren Rechte durch.

Institutionen wie die Arbeiterkammern oder der Verein für Konsument:inneninformation (VKI) führen täglich österreichweit Hunderte Beratungen durch, schriftlich, persönlich und telefonisch. Sie beauftragen Produkttests und Studien, klagen gegen rechtswidrige Klauseln in Verträgen, legen sich mit Konzernen an, vergleichen Preise, entwickeln Tools für mehr Überblick und Transparenz, kämpfen für nachhaltigen Konsum und vieles mehr. Und dieser Kampf wird angesichts der wachsenden Plattformökonomie immer härter.

GESTATTEN: MEIN NAME IST KONSUMENT

Mit diesen Worten betitelte das Magazin KONSUMENT vor bald 65 Jahren das Editorial seiner ersten Ausgabe. Über die Jahre entwickelte es sich zu einem der wichtigsten Kommunikationskanäle des VKI, über den die Ergebnisse von Produkttests zu den Haushalten gelangen. Zu Spitzenzeiten hatte das Heft 100.000 Abonnent:innen, heute sind es 37.000. Wie vielen anderen Printzeitschriften macht dem KONSUMENT der Wandel der Mediennutzung zu schaffen.

Dazu muss man wissen, dass der VKI sich zu rund zwei Dritteln aus eigenen Erlösen finanziert, ein Großteil davon stammt wiederum aus dem Verkauf von Publikationen, wie eben dem KONSUMENT. Im Rahmen des Projekts „KONSUMENT in der Schule“ können sich Schulen bewerben, um für einige Monate Magazine für den Unterricht zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Wir empfehlen, auch ein Abo abzuschließen: Beim KONSUMENT bekommt man verlässliche, valide Produktinformation – und man unterstützt den Konsument:innenschutz in Österreich!

Kooperation essenziell

„Heute ist es im Bereich Konsument:innenschutz notwendig, dass man versteht, wie die Globalisierung und wie die Digitalisierung funktioniert“, sagt Wolfgang Hermann. Er ist seit 2020 Geschäftsführer des VKI, zuvor leitete er die Geschäfte der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES). „Ich habe mittlerweile den Eindruck, dass die Gesetzgebung nicht mehr Schritt halten kann mit dem, was da alles passiert, die Dynamik ist so groß geworden, das Tempo so hoch“, sagt er.

Besonders beim digitalen Konsument:innenschutz fällt es auf: Eine neue Technologie – wie zum Beispiel KI – entsteht und wächst rasant, die notwendigen Regulierungen kommen erst nach Jahren. Hermann setze sich dafür ein, Verbraucher:innen „auf der Ebene der Bildung und mit Informationen über diese systematischen Entwicklungen“ zu wappnen. Außerdem lege er als Geschäftsführer einen Schwerpunkt auf die internationale Zusammenarbeit mit anderen Verbraucher:innenschutzorganisationen.

Neben Beratungen, Produkttests und zahlreichen anderen Leistungen kommt dem VKI im Auftrag des Sozialministeriums (BMASGPK) die Aufgabe zu, Rechtssicherheit herzustellen.

Rund 240 Klagen ficht der Verein im Schnitt zeitgleich aus. Über unterschiedliche Varianten (Musterprozesse, Verbands- und Sammelklagen) überprüft er zum Beispiel Gebühren, Preiserhöhungen oder Klauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGBs) auf ihre Rechtmäßigkeit. Dafür erhielt der VKI im Vorjahr rund 1,2 Millionen Euro vom Ministerium. Die Erfolgsquote liegt bei etwa 90 Prozent.

Hermann betont, dass besonders Sammelaktionen angesichts multinationaler Konzerne für Konsument:innen große Bedeutung haben. So hat der Verein rund 23 Millionen Euro Schadenersatz von der Volkswagen AG für 10.000 Betroffene des Dieselskandals erstritten. Auch gegen die Energieversorger EVN, Wien Energie und Verbund ging er im Zuge der Teuerungskrise in Sammelaktionen vor und konnte Refundierungen bewirken – viele Preiserhöhungen waren rechtswidrig.

Andere Zeiten

Gegründet wurde der VKI 1961 von den vier Sozialpartnern, heute ist allerdings nur noch die AK ordentliches Mitglied und damit im Aufsichtsrat vertreten. Die Zeiten waren noch andere: Anstelle der EU stand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (der Österreich nicht angehörte), und die 100 größten Unternehmen außerhalb der USA machten einen Jahresumsatz von 55 Milliarden US-Dollar – insgesamt. Zum Vergleich: Allein der Digitalriese Meta setzt heute um die 160 Milliarden US-Dollar im Jahr um. In den 1960er- und 1970er-Jahren nahm die Verbraucher:innenschutzbewegung dann Fahrt auf und mündete in Österreich 1979 ins Konsumentenschutzgesetz (KSchG).

Heute wäre das Land in der globalisierten Wirtschaft ohne die EU kaum durchsetzungsfähig. Auf Europaebene fungiert der VKI als Österreichs Anlaufstelle für das Europäische Verbraucherzentrum. Ein solches gibt es in jedem Mitgliedsstaat, es unterstützt Konsument:innen bei der Durchsetzung ihrer Rechte im europäischen Ausland. Die AK ist wiederum Mitglied im Europäischen Verbraucherverband (BEUC), der insbesondere gegenüber den

Pakete mit bis zu 150 Euro Wert, die 2024 aus China nach Europa importiert wurden

Quelle: EU-Kommission



„Information kann Regulierung nicht ersetzen“, sagt Konsumexpertin Gabriele Zgubic-Engleder von der AK Wien. Dennoch bräuchte es kritische Kund:innen.

EU-Institutionen die Interessen von Konsument:innen vertritt. Auch das AK-Büro in Brüssel leistet interessenpolitische Arbeit.

„Ob Zahlungsdienstleister, Fluggastrechte oder digitaler Konsument:innenschutz: Das meiste, das sich in den vergangenen Jahren für Konsument:innen verbessert hat, ist auf EU-Richtlinien zurückzuführen“, erklärt Gabriele Zgubic. Sie leitet seit 2010 die Abteilung Konsument:innenpolitik der AK Wien. Davor war sie unter anderem in der Bundesfinanzierungsagentur beschäftigt und im Büro der SPÖ-Bundesministerin Barbara Prammer mit Konsument:innenschutzagenden betraut. Eine wichtige Aufgabe der Abteilung sei, sich auf europäischer wie nationaler Ebene interessenpolitisch einzubringen, etwa mit Stellungnahmen, Positionspapieren, Veranstaltungen, Gremienarbeit und Gesprächen mit relevanten Entscheidungsträger:innen.

Daneben legt sich die AK Wien – die auch als Bundesarbeitskammer agiert – gegen die Konzernwelt ins Zeug und klagt die Rechte von Konsument:innen ein. Kürzlich hat sie gegen die Banken BAWAG und Santander einen Prozess wegen unrechtmäßiger Kreditbearbeitungsgebühren gewonnen. Kund:innen erhalten nun Geld zurück. „Im Zuge solcher Verbandsklagen stellt das Gericht fest, dass ein bestimmtes Vorgehen rechtswidrig ist“, erklärt Zgubic. „Im nächsten Schritt verhandeln wir mit diesen Unternehmen, wie sie das Geld an ihre Kund:innen zurückzahlen werden.“ Auch über 20.000 Kund:innen verschiedener Fitnessstudio-Ketten erhielten unrechtmäßig bezahlte Gebühren zurück, insgesamt eine Million Euro.

Zgubic merke, dass die Rechtsdurchsetzung für Konsument:innen auch durch den Onlinehandel schwieriger wird. Am Papier seien

sie gut ausgestattet, doch in der Praxis wird es komplex, vor allem, wenn Hersteller und Händler in aller Herren Ländern sitzen.

Ein Beispiel aus dem Alltag: Sie bestellen bei einem Onlineshop einen Spielzeugkaktus und warten vergebens auf dessen Zustellung. Auf Nachfrage heißt es vom Lieferdienst, das Paket sei zugestellt worden. Sie kontaktieren den Onlineshop, der eine erfolgreiche Zustellung gewährleisten muss, und fragen nach. Dort heißt es: Das Produkt sei dem Lieferdienst übergeben worden, und der habe es zugestellt. Was nun? „Es bleibt dann oft nur, gegen den Onlineshop vor Gericht zu gehen, und das ist unbefriedigend, vor allem wenn dieser im Ausland sitzt“, sagt Zgubic. „Empfänger:innen haben gegen ein Zustellunternehmen leider keine Rechte, sie sind nicht Vertragspartei, aber Betroffene. Da bräuchte es dringend eine Regelung.“

Wie macht man's richtig?

Nun gibt es zwar für geschasste Konsument:innen neben AK und VKI weitere Möglichkeiten, sich Unterstützung zu holen, etwa bei Schlichtungsstellen oder Gerichten. Aber wie vermeidet man den Ernstfall – wie trifft man in diesen rasanten, dichten Zeiten valide Kaufentscheidungen?

Für den VKI-Geschäftsführer ist die Antwort: Bildung und Kommunikation. „Wir tun alles, was uns technisch und organisatorisch möglich ist, um die Konsument:innen mit unseren Informationen zu erreichen“, sagt Wolfgang Hermann. Unter anderem, um zu mehr jungen Menschen durchzudringen, setze man deshalb künftig auch auf die digitale Transformation der eigenen Produkte.

„Information kann aber nicht immer Regulierung ersetzen“, sagt Zgubic von der AK Wien. Der Gesetzgeber sei in der Pflicht, Konsument:innen durch wirksame Gesetze zu schützen. „Man muss aber schon auch eigeninitiativ sein, man ist ja nicht immer ausgeliefert.“

„Für uns alle ist die große Frage: Wie bringt man die relevanten Informationen zu den Konsument:innen?“, sagt Ulrike Weiß von der AK OÖ. „Und Konsument:innen müssen gesellschaftlichen und politischen Druck erzeugen, wenn sie etwas nicht wollen, das ist Bürger:innenpflicht.“ In Bezug auf Kaufentscheidungen rät sie, Prioritäten zu setzen: „Die Arbeitnehmer:innen haben nicht den ganzen Tag Zeit. Sie können sich aber dort gut informieren, wo es um viel geht – wie bei einem Wohnbaukredit, einem neuen Auto oder Entscheidungen, die die Gesundheit betreffen.“

Neben dem tanzenden Kaktus wurden bei dem Test der AK OÖ vor einem Jahr übrigens noch zwölf weitere Kinderspielzeuge untersucht. Drei stellten demnach ein sehr ernstes Gesundheitsrisiko für Kinder unter drei Jahren dar und wurden auf Hinweis an den Händler aus dem Sortiment genommen. Ein Erfolg, aber auch eine Sisyphe-Aufgabe, bedenkt man, dass täglich Tausende neue Produkte gelistet werden. Der Kaktus ist zum Beispiel noch immer erhältlich. Aber ganz ehrlich, würden Sie ihn jetzt noch kaufen? ►

Darf's ein bisschen mehr sein?

Alle Beiträge zum aktuellen Schwerpunkt und weitere Erfahrungsberichte von Beschäftigten im Handel finden Sie online unter arbeit-wirtschaft.at.



FOKUS

Welchen Rat kannst du Betriebsrät:innen mitge



Barbara Edith Pichler

Betriebsratsvorsitzende
der Erste Group Bank AG

Als Absolventin der Betriebsrät:innen-Akademie weiß ich, wie wichtig eine fundierte Ausbildung ist. Genauso entscheidend ist es, von erfahrenen Kolleg:innen zu lernen – nicht um in ihre Fußstapfen zu treten, sondern um den eigenen Weg zu finden. Mein Tipp: Empathisch zuhören. Das ist ebenso wichtig, wie inhaltlich kompetent Probleme zu lösen.



Gerald Kammerhuber

Betriebsratsvorsitzender
bei Postbus AG

Es ist nicht wichtig, alles zu wissen – entscheidend ist, zu wissen, wo man Antworten findet! Gezieltes Recherchieren und zuverlässige Quellen – etwa von AK oder Gewerkschaften – führen zu den richtigen Informationen. Außerdem hilft es, Menschen mit Erfahrung oder Fachwissen aktiv um Rat zu fragen.

jungen leben?

Frisch im Betriebsrat und voller neuer Eindrücke? Hier teilen Betriebsratsmitglieder ihre besten Tipps für Einsteiger:innen – vermutlich genau das, was sie selbst zu Beginn gerne gewusst hätten.

RECHERCHE VANESSA KOVAR



Marianne Novotny-Kargl

Betriebsratsvorsitzende
im KHM-Museumsverband

Bleibt neugierig, hört gut zu und stellt Fragen. Vermeidet Alleingänge – teilt Wissen und Sorgen im Gremium, denn gemeinsam seid ihr eine Superkraft. Nehmt am Ende des Tages aber euren Betriebsratshut ab und setzt den Zuhause-Hut auf – so bleibt euch die Leidenschaft für die Betriebsratsarbeit langfristig erhalten.



Klaus Meißner

stv. Betriebsratsvorsitzender
im St. Josef Krankenhaus Braunau

Hört euch immer beide Seiten an und urteilt nicht vorschnell – wir vertreten alle gleichermaßen, daher: Seid für alle da! Wichtig ist auch, sich gut auszubilden: Basis-kurse, Gewerkschaftsschule und bei Interesse an einem Vorsitz SOZAK, ZAK oder BRAK. Eine Freistellung oder den Vorsitz sollte man aber nicht zu früh planen.

Kein Weg zurück

Der britische Bergarbeiter:innenstreik von 1984/85 stellte einen Massenwiderstand gegen die neoliberale Wende Großbritanniens dar. Eine Ausstellung würdigt heute den Kampf eines ganzen Milieus um seine Existenz.

TEXT A&W-REDAKTION

24. August 1984: Eine Streikversammlung vor der Zeche Bilston Glen trifft auf eine Absperrkette der Polizei. Ein ganzes Jahr lang protestierten Bergarbeiter:innen gegen die Politik der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, gegen Massenentlassungen im Bergbau und die Zerschlagung der Gewerkschaften.







Die jährlich stattfindende Durham Miners' Gala ist eines der größten Feste der Arbeiter:innenbewegung weltweit. 1984 stand das Event ganz im Zeichen der Solidarität mit den streikenden Bergleuten.

Die konservative Regierung Großbritanniens unter Margaret Thatcher wartete im Jahr 1984, bis die Heizsaison zu Ende war, um zum Schlag gegen die einflussreiche Bergarbeitergewerkschaft auszuholen. Die kampfstärke National Union of Mineworkers, kurz NUM, war der „Eisernen Lady“ schon länger ein Dorn im Auge: Mitte der 1970er-Jahre hatte ein NUM-Streik zum Sturz einer Regierung geführt, der Thatcher als Ministerin angehört hatte.

Nachdem sie 1979 selbst Premierministerin geworden war (im Amt bis 1990), begann ihr Feldzug. Die Gewerkschaften standen dem Privatisierungs- und Deregulierungskurs der regierenden „Tories“ im Weg. Nach dem Erlass gewerkschaftsfeindlicher Gesetze und dem Anlegen großer Öl- und Kohlereserven wurden im Frühjahr 1984 die ersten Zechenschließungen und Massenentlassungen im Bergbau angekündigt – für Nordengland, Wales und Schottland ein wirtschaftliches Desaster.

Ein Jahr lang kämpften Bergleute im ganzen Königreich um ihre Existenzgrundlage. Die Regierung schreckte dabei nicht davor

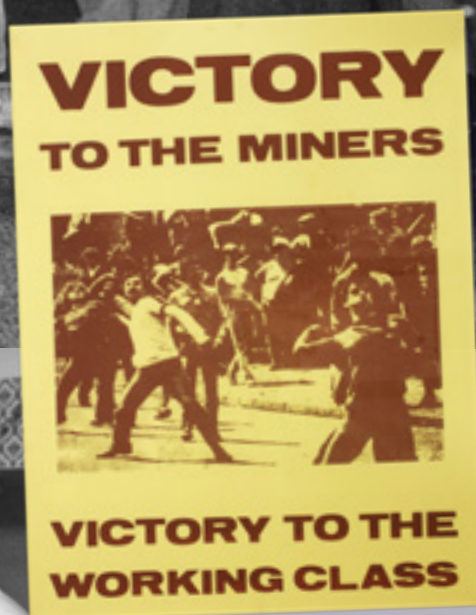
zurück, mit Gewalt gegen Protestierende und Streikende vorzugehen. Boulevardmedien unterstützten sie bereitwillig und stellten den Streik als unrechtmäßig und als Bedrohung der öffentlichen Ordnung dar.

Die Solidarität unter den Bergleuten blieb lange Zeit ungebrochen. Sie war auch deshalb so stark, weil es nicht nur Kolleg:innen traf: Die Bergarbeiter:innen lebten oft in denselben Ortschaften rund um die Zechen. Sie waren Bekannte, Nachbar:innen, Freund:innen. Ihr erbitterter Arbeitskampf löste Solidaritätsbekundungen und -veranstaltungen in ganz Europa aus, auch in Österreich.

Nach einem Jahr brach der Streik zusammen und in den Folgejahren kam es tatsächlich zu einer Bergwerksschließung nach der anderen. Manche Regionen Großbritanniens haben sich wirtschaftlich und sozial bis heute nicht von dem Kahlschlag erholt. Trotz der Niederlage stellt der Miners' Strike von 1984/85 ein imposantes Symbol des Widerstands dar. Der hartnäckige Protest der Bergleute inspiriert noch immer Bücher, Filme, Musik – und Arbeiter:innen weltweit. ▀



Frauen unterstützen den Protest und beziehen Streikposten vor Beginn der Nachtschicht in der Zeche Bevercotes. Unten: Eine Weihnachtsfeier in Nottingham für Kinder aus Bergarbeiter:innenfamilien.



& INFO

Bis 31. Jänner 2026 können Sie die Ausstellung „Streik! 40 Jahre großer britischer Bergarbeiterstreik (1984/85)“ vom Institut für Historische Sozialforschung (IHSF) und der Parr Foundation im ÖGB (Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien) besuchen. Der Eintritt ist frei.

Das IHSF bietet außerdem kostenlose Führungen an. Anmeldung per Mail an veranstaltungen@ihsf.at.

„Wir sind stolz auf unsere Standards“

Strukturierte Koordination über Bundesländergrenzen hinweg und mehr Rechte: Alexander Rachoi, Vizepräsident der Landarbeiterkammer, erklärt im Interview, was in der Land- und Forstwirtschaft in den vergangenen Jahren für die Arbeitnehmer:innen erreicht werden konnte.

INTERVIEW RICHARD SOLDER

Gelernter Maschinenbautechniker, Gewerkschaftssekretär, Landwirt im schönen Gailtal und Vizepräsident der Österreichischen Landarbeiterkammer: Alexander Rachoi ist ein umtriebiger Mensch. Oft ist er „auf der Fläche“, wie er sagt, also bei Land- und Forstarbeiten, sowie im eigenen Betrieb im Einsatz. Arbeit&Wirtschaft trifft den Kärntner in Wien, wo er unter anderem für die PRO-GE bei den KV-Verhandlungen für die Brauindustrie dabei war.

Bei der Landarbeiterkammer vertritt Rachoi die Interessen der rund 100.000 unselbstständig Beschäftigten in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft. Er fordert gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung, um insbesondere in Zeiten von Wirtschaftsflauten und Klimawandel weiterhin gute, verlässliche und nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern.

Arbeit&Wirtschaft: Die Österreichische Landarbeiterkammer wird heuer 75 Jahre alt. Was sind aktuell die großen Themen?

Alexander Rachoi: Wichtig war 2021 die österreichweite Vereinheitlichung des Landarbeitsgesetzes (LAG). Auch beim neuen Gesetz zur land- und forstwirtschaft-

lichen Berufsausbildung 2024 sowie bei der Arbeitsmittel- und Arbeitsstättenverordnung waren wir aktiv beteiligt. Da geht es um den Umgang mit Kolleg:innen im Feld und auch um Saisonarbeitskräfte.

Was wurde beim LAG erreicht?

Es gab pro Bundesland eigene Regelungen, und uns ist es gelungen, diese zu vereinheitlichen. Das war eine große Herausforderung, denn etwa in Kärnten galten zusätzliche Landesfeiertage für Beschäftigte. Uns war wichtig, dass solche regionalen Vorteile nicht verlorengehen. Deshalb haben wir sie in die jeweiligen Kollektivverträge übernommen, um faire Bedingungen für alle sicherzustellen.

Unsere Arbeit hört hier aber nicht auf. Gerade bei den aktuellen Pensionsdebatten kämpfen wir dafür, dass körperlich harte Arbeit entsprechend gewürdigt wird. Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft muss ausnahmslos als Schwerarbeit anerkannt werden. Wer ein Leben lang mit den Händen arbeitet, soll mit 60 Jahren in Pension gehen können – 45 Jahre sind genug.

Wie hat sich die Landarbeiterkammer über die Zeit entwickelt?

Seit der Gründung 1950 hat sich die Zusammenarbeit über Bundesländergrenzen hinweg stetig verbessert. Kärnten ist 1990 beigetreten, nur Wien und das Burgenland haben bis heute keine eigene Kammer. Die Herausforderungen sind überall ähnlich.

Wie häufig treten trotz strenger Regelungen Missstände auf, z. B. bei Erntehelfer:innen und Saisonarbeiter:innen?

Das Landarbeitsgesetz und diverse Verordnungen, die wir hier haben, bieten vermutlich europaweit den größten Schutz. Schwarze Schafe gibt es aber überall. Wenn uns etwas bekannt wird, sind wir dahinter. Es ist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. In Kärnten haben wir nicht die Zahl an Erntehelfer:innen wie in Oberösterreich, Tirol oder Niederösterreich.

Die Landarbeiterkammer stellt Informationen in sämtlichen Sprachen zur Verfügung, sodass man sich online oder mittels Infoblättern informieren kann. Wichtig ist, den Kolleg:innen da draußen, denen es schlecht geht, also etwa Saisonarbeiter:innen und Erntehelfer:innen die Angst zu nehmen, sodass sie im Fall der Fälle zu uns kommen.



Alexander Rachoi ist seit über 20 Jahren bei der Gewerkschaft beschäftigt (bei der PRO-GE bzw. den Vorgängerorganisationen). Er absolvierte die Sozialakademie und wurde 2010 Vizepräsident der Kärntner Landarbeiterkammer, 2017 Vizepräsident der Österreichischen Landarbeiterkammer.



Klimawandel, Rezession, Freihandel: Alexander Rachoi hat alle Hände voll zu tun, um die Arbeitsplätze in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft abzusichern.

Wie steht es um das Thema Sicherheit für Beschäftigte?

Wir in Kärnten etwa kooperieren mit der Land- und Forstwirtschaftsinspektion, um Arbeitssicherheit zu gewährleisten. Es wird darauf geachtet, dass Schutzkleidung vorhanden ist und die Sicherheitsvorschriften eingehalten werden. Unterschiede gibt es aber zwischen den großen Forstbetrieben, deren Beschäftigte zur Landarbeiterkammer gehören, und den gewerblichen Schlägerungsunternehmen. Dort arbeiten oft ausländische Kolleg:innen ohne ausreichende Ausbildung – und weil sie nicht zur Landarbeiterkammer gehören, fehlt uns der direkte Zugang.

Gibt es Potenziale, die Zusammenarbeit von Arbeiterkammern, Landarbeiterkammern und Gewerkschaften zu verbessern?

Die gibt es immer, auch wenn vieles gut läuft. Ein Aspekt, über den wir künftig mehr reden müssen, ist der erwähnte Umgang mit gewerblichen Schlägerungsunternehmen. Sollen deren Mitarbeiter:innen wie bisher von der Arbeiterkammer betreut werden, oder sollte es Richtung Landarbeiterkammer gehen? „Draußen“ arbeiten wir oft Seite an Seite – da würde eine Vereinheitlichung Sinn machen.

Inwieweit merkt man die wirtschaftlich unsichere Lage in den Sektoren der Land- und Forstwirtschaft?

Natürlich spürt man die Rezession. Aber wir sind nicht so stark betroffen wie Bereiche, die nur vom Export leben. Der Großteil unserer Bereiche hat mit Ernährung und Ernährungssicherheit zu tun. Wir haben den Vorteil, dass die Produkte, die erzeugt werden, auch im eigenen Land konsumiert werden.

Viele Lebensmittel im Supermarkt werden aus weit entfernten Regionen importiert. Wie sehr schadet das regionalen Produzent:innen?

In manchen Bereichen sind wir auf Importe angewiesen. In der Milchwirtschaft hingegen sind wir sehr gut dabei, was die Abdeckung angeht, und wir exportieren auch viel. Da, wo wir die Nachfrage nicht zu 100 Prozent abdecken können, sehe ich wiederum das Potenzial für die Zukunft, Arbeitsplätze zu schaffen. Ehrlicherweise muss man sagen – und ich bin selbst auch Landwirt –, dass man in Österreich nicht zu Diskontpreisen produzieren kann. Wir haben Qualitätsansprüche und Mindestlöhne, die eingehalten werden. Das muss sich im Preis widerspiegeln. Als

Produzent ist man darauf angewiesen, dass sich der Handel zu Fairness bekennt und den Bauern und Bäuerinnen angemessene Preise zahlt.

Die Menschen müssen in diesen Zeiten sparen, doch Qualität hat ihren Preis ...

Das Bewusstsein für regionale und heimische Produkte ist bei den Konsument:innen da. Was wir als Landarbeiterkammer und Gewerkschaft tun müssen, ist, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen diese Produkte mit ihrem Einkommen leisten können – Stichwort starke Kollektivverträge. Das sehe ich als die Herausforderung der Zukunft.

Welche Form von Unterstützung brauchen land- und forstwirtschaftliche Betriebe?

Landwirtschaftliche Arbeit ist Arbeit in der Natur – Arbeit mit der Natur. Sturmschäden, Folgen des Klimawandels und Umweltkatastrophen jeglicher Art sind heute Teil der Realität. Trotz Versicherungen bleiben oft finanzielle Lücken. Da sind der Bund und auch die EU gefragt. Mir ist es ein Anliegen, Fairness zu stärken: Wenn ein Betrieb Förderungen bekommt, geht es darum, dass die Mitarbeiter:innen gerecht entlohnt werden.

„Das Mercosur-Abkommen bedroht unsere Landwirtschaft und gefährdet Arbeitsplätze, daher lehnen wir es klar ab.“

Alexander Rachoi, Vizepräsident der Österreichischen Landarbeiterkammer

Wie kann man das am besten kontrollieren?

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Heute wird per Drohnenflügen vonseiten der Stellen, die Förderungen auszahlen, kontrolliert, ob Felder richtig bewirtschaftet werden. Heutzutage ließe sich auch effizienter sicherstellen, dass Arbeitnehmer:innen korrekt bezahlt und behandelt werden.

Wie steht die Landarbeiterkammer zum umstrittenen Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay)?

Das Abkommen ist eine große Gefahr. Österreich würde mit Billigprodukten aus diesen Ländern überschwemmt werden, während dort viel geringere Standards gelten. Bei uns sind Pestizide streng geregelt, dort kaum. Fairer Handel ist unter solchen Bedingungen unmöglich. Das Abkommen bedroht unsere Landwirtschaft und gefährdet auch Arbeitsplätze, daher lehnen wir es klar ab. Wir sind stolz auf unsere qualitativen Produkte und die hohen Produktionsstandards. Es geht um Existenzen.

Was brauchen Betriebe in Sachen Nachfolge und Generationsübergabe?

Beispiel Gartenbaubetriebe: Für viele ist es wirtschaftlich schwierig, weil mittlerweile Baumärkte und andere Anbieter Pflanzen verkaufen. Das drückt die Prei-

se und schränkt das Betätigungsfeld der klassischen Gartenbaubetriebe ein – und damit die Perspektiven. Wir haben als Gewerkschaft früh vor der Liberalisierung der Gewerbeordnung gewarnt, doch gehört wurde es kaum. In der Land- und Forstwirtschaft ist die Situation besser: Hier gibt es großes Interesse bei der jungen Generation, viele entscheiden sich für eine Ausbildung in einer landwirtschaftlichen Fachschule und machen anschließend eine weiterführende Berufsausbildung. Die Lehrberufe beginnen zwar später, aber viele wählen sie aus Überzeugung.

Die Herausforderungen für Betriebe hängen aktuell oft mit der Macht großer Handelsketten zusammen ...

Ich war diesen Sommer zu Besuch in einem Gemüsebaubetrieb in Spittal an der Drau. Die Chefin und ihre zwei Töchter waren auf dem Acker bei der Ernte. Sie haben von dem massiven Druck der Großkonzerne auf die Produzent:innen gesprochen, der Lebensmittelgroßhandel hatte ihre Produkte aus dem Sortiment genommen. In diesem Fall ging es gut aus: Sie hatten das Glück, dass die Kundschaft – Hotellerie und Gastronomie – sich für den Betrieb einsetzten, sodass der Handel die Produkte wieder aufgenommen hat.

Wie spüren Arbeitnehmer:innen in der Land- und Forstwirtschaft den Klimawandel?

Man braucht nur mit offenen Augen durchs Land gehen: Wo vor fünf Jahren noch Fichtenwälder standen, hat der Borkenkäfer vieles vernichtet. Umso wichtiger ist es, gut ausgebildetes Personal zu haben, das weiß, wie man mit Schädlingen umgeht, und den Wald sauber hinterlässt. Betriebe, die früher auf günstige gewerbliche Schlägerungsunternehmen gesetzt haben, greifen jetzt wieder auf eigene Mitarbeiter:innen zurück, weil diese sorgfältiger arbeiten. Gleiches gilt für Gemüsebaubetriebe: Sauberes Arbeiten kostet, ist aber unverzichtbar. Nachhaltigkeit spielt in der Land- und Forstwirtschaft eine große Rolle. Und Betriebe müssen auf den Klimawandel reagieren, auch um die Wertschöpfung zu sichern.

Welche Bedeutung hat Ihr eigener Bauernhof für Sie?

Ich habe nicht die Struktur, dass ich davon leben kann. Es ist ein Nebenerwerb. Wir sind auf Bienenwirtschaft spezialisiert, haben eine Pferdezucht, Fischzucht und Wildbret-Verarbeitung. Meine Eltern waren schon Landwirte, und irgendwann hat es mich wieder gekitzelt. Als gelernter Maschinenbautechniker bin ich es gewohnt, am Ende des Tages zu sehen, was man gemacht hat. Die Natur arbeitet in anderen Zeiträumen. Landwirtschaft ist harte Arbeit, bringt aber gleichzeitig eine Erhöhung der Lebensqualität und einen Ausgleich für die Seele. ▀



Ein starkes Fundament

Die Arbeitswelt verändert sich rasant: Digitalisierung, Generationenwechsel und gesellschaftlicher Wandel fordern Betriebsrät:innen täglich neu heraus. Um ihre Kolleg:innen trittfest begleiten zu können, brauchen sie Wissen und müssen so kommunizieren, dass es ankommt. Die Basisseminare des Verbands Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung unterstützen beim Einstieg in die Belegschaftsvertretung.

Zur Anmeldung für die Basisseminare des VÖGB sowie zu weiterführenden Angeboten gelangen Sie hier:



Viel mehr Schule!

Bei der zweijährigen Gewerkschaftsschule werden Belegschaftsvertreter:innen und solche, die es werden wollen, mit den notwendigen Kompetenzen ausgerüstet und in ihrem Handwerk gestärkt. In dem berufsbegleitenden Lehrgang übt man, Projekte zu planen und umzusetzen, in Verhandlungen souverän aufzutreten, Konflikte konstruktiv zu lösen und vieles mehr. Die Einheiten finden an ein oder zwei Abenden pro Woche statt.

Nähere Informationen zu inhaltlichen und organisatorischen Fragen finden Sie auf dieser Website:



Kultur verbindet

Mit gemeinsamen Besuchen von Kulturveranstaltungen erreicht man Menschen auf ganz besondere Weise. Ob man zusammen ins Theater geht, ein Konzert besucht oder durch ein Museum spaziert: Man kommt ins Gespräch und fördert den Zusammenhalt im Betrieb. Die Kulturlots:innen unterstützen dabei, das richtige Angebot zu finden, und haben auch für jene etwas im Repertoire, die privat Kultur genießen möchten.

Rund acht gemeinsame Kulturbesuche stehen pro Monat zur Auswahl! Anmelden und Kultur erleben:



www.voegb.at





Wissenswertes aus dem ...



Die Budgetpläne Deutschlands

Obwohl der Entwurf des deutschen Budgets 2026 Rekordinvestitionen von 127 Milliarden Euro vorsieht, steht die Bundesrepublik vor einem Kürzungsprogramm. Große Teile der geplanten Ausgaben gehen in die Verteidigung – und das, obwohl die Daseinsvorsorge schon in vielen Kommunen mangelhaft ist und die Infrastruktur dringend ausgebaut werden müsste. Dabei könnte der Sparkurs noch abgewendet werden.



Jonas Becker & Henriette Neumann

Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik des DGB



Bubble oder Basis?

Momentan erleben wir einen Hype um KI, doch viele fragen sich, ob uns die Technologie erhalten bleiben wird. KI hat das Potenzial, eine fest etablierte Allzweck- oder Basistechnologie des 21. Jahrhunderts zu werden. Eine Studie des MIT zeigt jedoch, dass über 95 Prozent der generativen KI-Projekte in Betrieben scheitern. Wie Unternehmen und Förderpolitik nachhaltig mit dem Hype umgehen sollten.



Fridolin Wenny

Leiter des Büros für Digitale Agenden der AK Wien



Grüne Wende aufgeschoben

Vor einigen Jahren sah es vielversprechend aus für den „grünen Kapitalismus“, doch das Blatt hat sich gewendet. Wettbewerbsfähigkeit wird zulasten von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit gefördert, der autoritäre Liberalismus setzt auf Deregulierung und überlässt Klimaschutz dem freien Markt. Wie sind die Rückschritte zu erklären und was bedeuten sie für Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen?



Klaus Dörre

Gastprofessor für Nachhaltigkeitskonflikte, Universität Kassel



www.awblog.at

MEIN UTOPIA

ILLUSTRATION SILKE MÜLLER



Nicola Werdenigg

Ehemalige Skirennläuferin und Aktivistin



Ich träume von einer Welt, in der kein Mensch Angst haben muss, zu sein, wer er ist; wo Macht geteilt, Gewalt geächtet und Arbeit gerecht ist; wo wir nicht auf Kosten der Erde leben, sondern mit ihr – und Menschenrechte keine Vision sind, sondern Wirklichkeit. Was wir teilen, wächst: Gerechtigkeit, wenn sie allen gilt, Würde, wenn sie gemeinsam verteidigt wird.

Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag**JETZT BESTELLEN!**

Wer gegen wen?

Gespräche über organisierte Ungleichheit –
und wie wir solidarisch das System hacken

Sara Hassan, Josefa Niedermaier

Varia 2025 | 270 Seiten | EUR 24,90
ISBN: 978-3-99046-756-5

Ungleichheit ist kein Zufall – sie ist gemacht. Doch wie kommt es, dass wir schon in der Schule auf Konkurrenz gedrillt werden und später im Job um Zeit, Geld und Anerkennung kämpfen? Warum brennen wir im Hamsterrad der Leistung fast aus, können uns aber nicht einmal eine Pause leisten? Alles ist ein Wettbewerb. Aber einer, in dem Ausbeutung an der Tagesordnung ist und Dingen, die wirklich zählen, kein Wert zugeschrieben wird. Sorge-, Pflege- oder Bildungsarbeit: bestenfalls unterbezahlt.

Im Gespräch mit Expert:innen geht Sara Hassan der organisierten Ungleichheit auf den Grund: Wer profitiert vom Gegeneinander? Wer kann scheinbar ohne Konsequenzen Machtmissbrauch betreiben? Was müsste sich ändern? Und wie können wir gemeinsam die Regeln neu schreiben? Denn klar ist: Wenn wir alle betroffen sind, können wir auch zusammen etwas ausrichten.

**JETZT BESTELLEN!**

Hitzige Debatten

Wie der Streit ums Klima unsere Gesellschaft spaltet
und was wir dagegen tun können

Michael Soder

Varia 2025 | 206 Seiten | EUR 24,90
ISBN: 978-3-99046-766-4

Ob das Windrad im Ort, die Bratwurst am Grill oder ein neues Gesetz: Beim Thema Klima dauert es nie lange, bis die nächste Debatte losbricht. Aus Ideen werden Vorwürfe, aus Diskussionen endlose Grabenkämpfe. Am Ende bleibt oft nur Stillstand, und das große Ziel rückt immer weiter in den Hintergrund. Dabei geht es doch um nichts Geringeres als unser Fortbestehen auf dem Planeten. Eigentlich sollte es da leicht sein, auf einen grünen Nenner zu kommen. Oder?

Michael Soder, Ökonom und Sozioökonom mit Schwerpunkt Wirtschaftspolitik, nimmt uns mit hinter die Kulissen dieser Debatten. Er zeigt, warum wir uns so leicht in Nebenschauplätzen verlieren, wieso wir Gegenmeinungen so schnell persönlich nehmen und wie wir den Blick wieder auf das Wesentliche richten können. Sein Buch ist ein Plädoyer für Zuversicht, Empathie und bessere politische Prozesse.

UNSICHER BEIM KAUF? DIE AK SCHÜTZT KONSUMENT:INNEN.

Produkttests,
Preisvergleiche,
Rechner & Rechtsberatung



AK
Oberösterreich

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

AW